

Antifa

Antifaschistische Zeitung

„Für den Kreis Recklinghausen und Umgebung“

[1988]

Verbot der F.A.P.

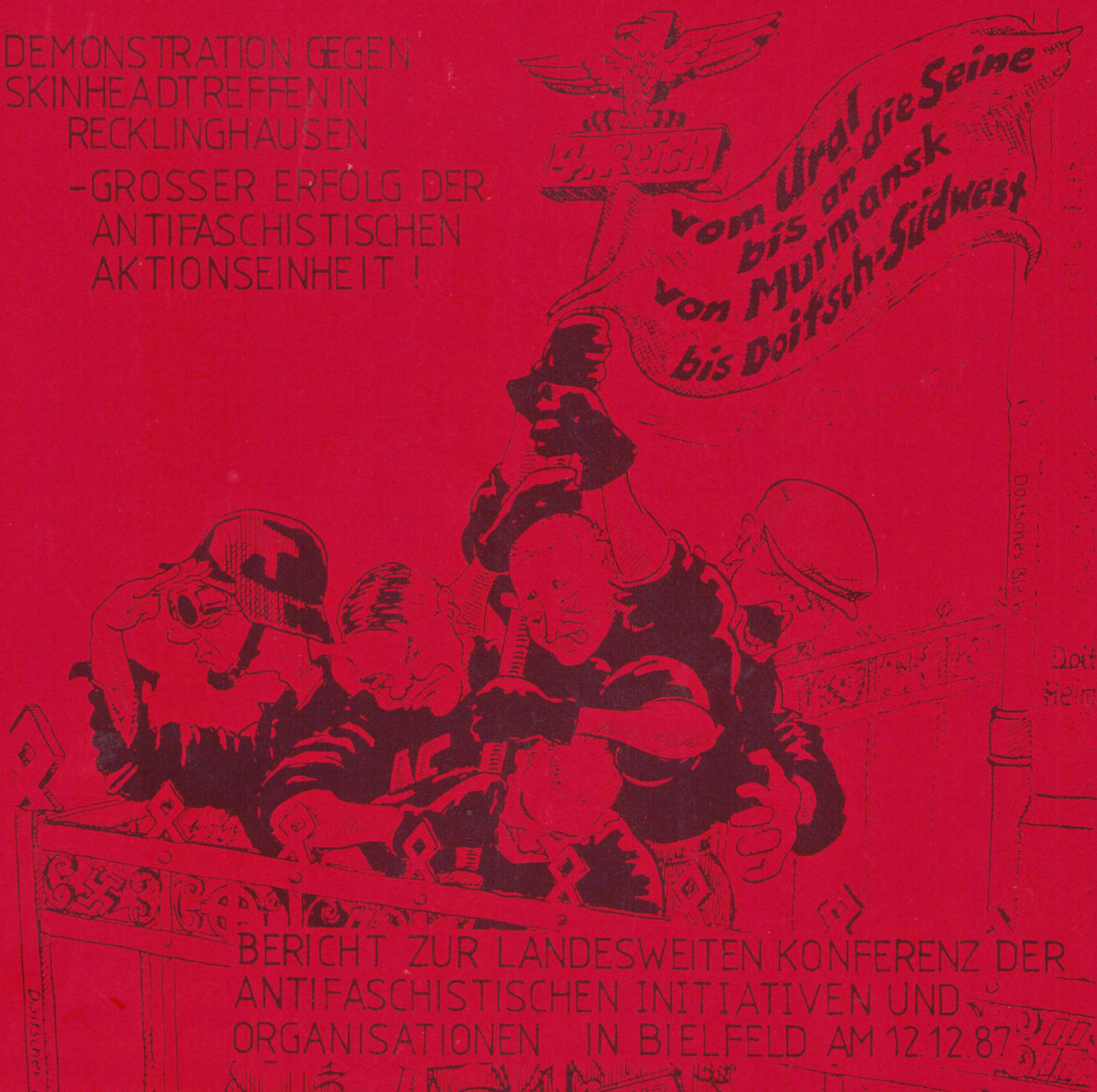


Heft 10 2. Jahrgang DM 1.00



DEMONSTRATION GEGEN
SKINHEADTREFFEN IN
RECKLINGHAUSEN

-GROSSER ERFOLG DER
ANTIFASCHISTISCHEN
AKTIONSEINHEIT!



BERICHT ZUR LANDESWEITEN KONFERENZ DER
ANTIFASCHISTISCHEN INITIATIVEN UND
ORGANISATIONEN IN BIELFELD AM 12.12.87

ANZEIGE

Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser !

Einige fragten schon voll Ungeduld nach der neuen Ausgabe der ANTIFAZ, hier ist sie nun endlich.

Daß wir nicht schon im Januar
herauskamen, lag schlicht und
ergreifend an den "Weihnachts-
ferien", und so professionell
sind wir eben nicht (und wer-
den es auch nicht werden),
daß wir nicht auch mal 'ne
Pause einlegen.

Diese Ausgabe geht noch einmal ausführlich auf die Hintergründe der großen Demonstration gegen das Skinhead-Treffen im November vergangenen Jahres ein.

Wie immer informieren wir über die aktuellen und in nächster Zukunft anstehenden Ereignisse des antifaschistischen Kampfes. Im Mittelpunkt der kommenden Ereignisse steht die landesweite Demonstration in Düsseldorf aus Anlaß des 55. Jahrestages d. Machtübertragung an die Hitlerfaschisten am 30. Jan. '33 (s. beigelegtes Flugblatt). Und auch in Recklinghausen gab es mal wieder einen Auftritt der Neofaschisten:

Am 18. Januar besaßen sie die Unverfrorenheit, im Recklinghäuser "Ratskeller" ein

kreisweites NPD-Treffen

aus Anlaß der Gründung des
2. Deutschen Reiches durch-
führen zu wollen.

Ja, wie gesagt, sie wollten es -
aber die Antifaschistinnen
und Antifaschisten waren
wachsam und sorgten durch
ihre Gegenaktion dafür, daß
sie vom Wirt des "Ratskellers"
rausgeschmissen wurden.

So wird es hoffentlich den Faschisten in Zukunft in allen Recklinghäuser Gaststätten gehen. Eine Unterschriftenaktion bei allen Gaststätten in der Recklinghäuser Innenstadt, durchgeführt vom hiesigen Antifaschistischen Bund, soll dazu beitragen.

Abschließend noch ein Wort in
eigener Sache:

Vielleicht steigt uns ja die gute Arbeit unserer Redaktion ein wenig in den Kopf, aber wir sind fest entschlossen: Die ANTIFAZ soll zur antifaschistischen Zeitung des gesamten Ruhrgebiets werden. Freunde in anderen Städten haben uns in dieser Absicht bestärkt.

Deshalb unser Appell an die anti-
faschistischen Gruppen im Ruhrge-
biet: Arbeitet mit beim Aufbau der
ruhrgebietsweiten ANTIFAZ !!!

DEMONSTRATION GEGEN SKINHEADTREFFEN IN RECKLINGHAUSEN – GROSSER ERFOLG DER ANTIFASCHISTISCHEN AKTIONSEINHEIT

Mit über 1500 Teilnehmern fand am 7.11.1987 in Recklinghausen die größte antifaschistische Demonstration statt, die diese Stadt nach dem 2. Weltkrieg erlebt hat.

Trotz einer wochenlangen Hetzkampagne gegen die Demonstration in den Recklinghäuser Zeitungen, trotz massiver Spaltungsmassnahmen seitens der CDU und der SPD- und DGB-Führungen, trotz des riesigen Polizeiaufgebotes von 1000 Polizisten (die sehr dazu beitrugen, daß viele Bürger nicht an der Demonstration teilnahmen) hielt die Aktionseinheit aus unterschiedlichen Organisationen und Initiativen an der Durchführung der Demonstration fest.

Und es wurde von allen möglichen Seiten versucht, die Demonstration zu verhindern, sie in

Mißkredit oder zumindest auf Kleinste GröÙe zu bringen. Am Übelsten wurden die Antifaschisten von SPD-Landrat Marmulla beschimpft, der kurz und bündig behauptete, "wer an diesem Tag demonstriert, unterstützt die Feinde der Demokratie und des Rechtsstaates." (waz vom 3.11.87). Als Grund, warum auf Initiative des Landrates die Recklinghäuser SPD nicht mehr, wie ursprünglich zugesagt, an der Demonstration teilnahm, wurde die angeblich drohende Gefahr gewalttätiger Gegendemonstranten genannt. Die "Mehrheitsentscheidung" des Vorstandes zog angeblich Konsequenzen "aus neuerlichen Erkenntnissen, wonach mit militanten Gegendemonstranten zu

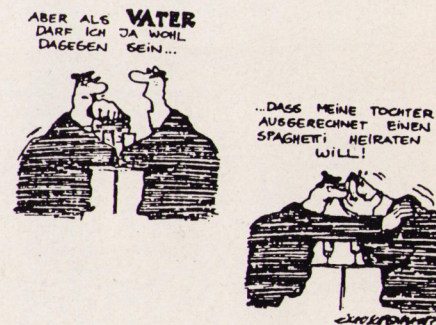


rechnen sei". (RZ vom 29.10.87). Diese beiden Argumente, nämlich die Unterstützung der "Feinde der Demokratie" und die "anreisenden militanten Gegendemonstranten" werden dann zu der politischen Schlussfolgerung zusammengezogen: "Ob tatsächlich ein massives Polizeiaufgebot notwendig sein wird, um am 7. November den Schutz der Bürger gegenüber rechtsradikalen Gewalttätern zu garantieren, hängt nicht zuletzt davon ab, ob den "Skinheads" eine offene Konfrontation mit Gegendemonstranten in Aussicht gestellt wird oder nicht. Zu dieser Überzeugung ist die Recklinghäuser SPD gelangt und fordert alle Bürger auf, sich nicht an der geplanten Protestaktion zu beteiligen" (RZ vom 29.10.87). Auf dieser Linie lag auch der RZ-Kommentar des Herrn B. Oberwien. Er kritisiert die "ursprüngliche Bereitschaft" der SPD, "die argumentative Auseinandersetzung mit potentiellen Gewalttätern auch auf der Straße suchen zu wollen". Dagegen hätte die vorbildliche CDU von Anfang an den "korrekten Kurs" gesteuert, welche gefordert hatte, "den Schutz des Bürgers durch die Polizei als einzige und angemessene Antwort des Rechtsstaates" zu garantieren.

Zum ersten:
Mit der (frei erfundenen) Behauptung von "gewalttätigen Gegendemonstranten" wird versucht, jegliche Gegendemonstration als im Keim "gewalttätig" zu diffamieren. Die Durchführung der friedlichen Demonstration hat diese Behauptungen Lügen gestraft.



Zum zweiten:
Wenn Antifaschisten aus der Geschichte die Lehre ziehen, sich gegen die faschistische Gewalt auch persönlich wehren zu wollen (und dies nicht allein der Polizei überlassen), dann wird diese berechtigte Notwehr mit faschistischer Gewalt gleichgesetzt: Antifaschisten sind das gleiche wie Faschisten: gewalttätige "Randgruppen".



Wir rufen auf zum

Deutschlandtreffen der Skinheads

in **RECKLINGHAUSEN**



Wo: Rathausplatz

Wann: 7.11.87

14.00



FLUGBLATT
SKINHEADS

DER NEOFASCHISTISCHEN
zwei Wochen vor der Gegendemonstration
erhalten



PAROLE: SPASS!
[RAUFEN]
[LAUFEN]
P0601

Ein Volk steht auf und 4turm bricht los!

Mit deutschem Gruß

VOLKSTURM RE



Zum dritten:

Die Lehre aus der Geschichte ist, daß Bürger den Schutz vor dem Faschismus keineswegs gutgläubig dem Staat oder der Polizei überlassen können. Sicher, Bonn ist nicht Weimar. Aber auch mit dem Staat "Bundesrepublik Deutschland" ist kein Garant für Demokratie entstanden, wie die Notstandsgesetze, die Sicherheitsgesetze, der Abbau des Demonstrationsrechtes, die Ausrüstung der Polizei mit Bürgerkriegswaffen, etc. zeigen. Insbesondere die Polizei steht nicht automatisch gegen die Faschisten, sondern unterstützt diese in vielen Fällen. Zudem werden die Faschisten von diesem Staat nicht einmal als verbotene Organisationen behandelt, wie dies der Art. 139 GG zwingend vorschreibt, vielmehr wird ihnen oft ein demokratisches Mäntelchen per Gerichtsbeschluß umgehängt. Auf diesem Hintergrund den Bürger aufzufordern, sich blind und ruhig zu verhalten, kann schon fast als offene Aufforderung an die Faschisten verstanden werden, ihre Aktionen fortzusetzen.

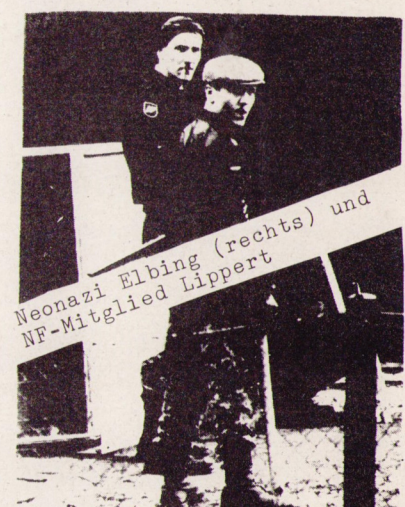
Aufgeschnappt

Landrat Helmut Marmulla zum Treten der Skinheads und zur Gegendemonstration am Samstag in der Altstadt: "Das ist Sache der Polizei. Ich bin nämlich nicht in Karlsruhe ausgebildet. Wer an diesem Tage demonstriert, unterstützt die Feinde der Demokratie und des Rechtsstaats. Für Verbrecher ist die Polizei zuständig."

WAZ
3.11.87

Und viertens:

Selbst wenn dieser Staat aus Superdemokraten bestünde und jeder einzelne Polizist Antifaschist wäre, würde das noch immer nicht den Schluß bedeuten, daß der einzelne Bürger sich nicht mehr aktiv gegen den Faschismus wehren muß. Es sei denn, die Herren von CDU und SPD forderten den totalen Überwachungsstaat, der jede Straße, jedes Wohnviertel, jede Stadt und jedes Haus durch Polizei schützen soll, auf daß kein Faschist den Bürgern etwas tun kann. Wenn das aber nicht der Fall sein soll, wie soll sich dann der einzelne Bürger (häufig der einzelne ausländische Bürger) verhalten, wenn er von Neonazis terrorisiert wird? Die von Skinheads ermordeten türkischen Mitbürger, sie sollen wohl posthum zur Polizei gehen und Anzeige gegen ihre Mörder erstatten?



Neonazi Elbing (rechts) und NF-Mitglied Lippert

Fazit:

Es gibt in dieser Frage nur einen gerechten und politisch vernünftigen Standpunkt: Alle Demokraten müssen sich gegen den Faschismus zusammenschließen und sich, wenn nötig, auch mit Gewalt verteidigen - dies ist die tatsächliche Lehre aus der Geschichte! Es wundert uns nicht, daß angesichts der massiven Spaltungsversuche einige Kräfte in der Aktionseinheit ein wenig "kalte Füße" bekamen. So rief z.B. der JUSO-Stadtvorstand nicht mehr zur Teilnahme an der Demonstration auf - dennoch nahmen beträchtliche Teile der Jusos aus Stadt und Kreis Recklinghausen an der Demonstration teil (begrüßt werden muß auch,

daß die Jusos trotz des Drucks von oben an den Vorbereitungen der Demonstration und Kundgebung kontinuierlich und mit großem Einsatz teilgenommen haben). Auch innerhalb der Grünen gab es einige Stimmen, nicht an der Demonstration teilzunehmen, weil sie doch die Faschisten nur "aufwerte". Doch insgesamt muß trotz dieser kleinen "Erschütterungen" positiv hervorgehoben werden: Die Aktionseinheit hat zusammengehalten und damit die Grundlage für weitere antifaschistische Bündnisse in der Zukunft verbessert. Hierin liegt der eigentliche Erfolg dieser Demonstration.

Auszüge aus den Reden, die auf der Abschlusskundgebung gehalten wurden:

1. Der TÜRKISCHE ARBEITERVEREIN:

"Deutsche und ausländische Arbeiter stehen gemeinsam am Hochofen, am Fließband, am Kohlenstoß. Gemeinsam sind sie von Rationalisierungen betroffen.

Bei Stilllegungen fliegen sie gemeinsam auf die Straße. Wenn deutsche Kollegen in ausländischen Arbeitern ihre Gegner sehen, wenn dadurch Belegschaften gespalten werden, wenn statt Solidarität gegenseitiges Mißtrauen und Feindschaft vorherrschen, dann haben die Konzernbosse ein leichtes Spiel.

Ausländerfeindlichkeit richtet sich gegen uns. Zugleich ist sie aber ein Knüttel gegen die gesamte Arbeiterschaft. Weil dadurch Solidarität und Kampfbereitschaft geschwächt werden sollen. (...) Nicht die Ausländer klauen die Arbeitsplätze. Es sind die Herren in den oberen Konzernetagen, die hemmungslos auf unsere Knochen rationalisieren, die ganze Belegschaften, deutsche und ausländische Arbeiter, auf die Straße werfen, um die Profite zu steigern. Die Sündenbocktheorie wurde in vollem Umfang in Gang gesetzt. Es wurde

Wasser auf die Mühlen neonazistischer und rassistischer Kräfte geleitet, die, wie die jüngsten Ereignisse belegen, noch frecher auftreten. Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit!
Gemeinsam sind wir stark!"

2. ANTIFASCHISTISCHER BUND

RECKLINGHAUSEN:

(...) Wenn wir die vergangenen Wochen in Recklinghausen betrachten, müssen wir feststellen, daß zwar noch kein Sturm losgebrochen ist, aber was die Faschisten einzig und allein durch die Ankündigung ihres sogenannten Deutschlandtreffens erreicht haben, ist für mich wirklich erschreckend: Verbreitet sind Angst und Schrecken. Viele Bürger sind aus purer Angst nicht zum Wochenmarkt gegangen.

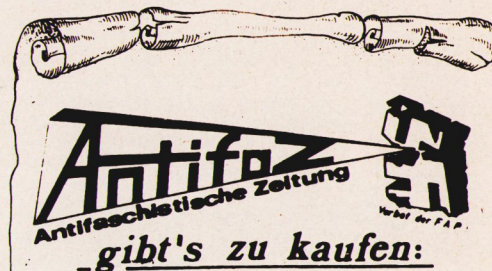
- Die Recklinghäuser Presse hat sich eingereiht in den Chor derjenigen, die das Bild der gewalttätigen Horde, gegen die der Bürger gar keine Chance hat, beschworen

- Für mich aber am erschreckendsten ist: Die großen Parteien SPD und CDU haben es abgelehnt, die politische Demonstration gegen den aufkommenden Faschismus zu unterstützen. Sie gingen sogar soweit, diese Demonstration als eigentliche Gefahr für die Demokratie darzustellen(...)

Sind tatsächlich eine Handvoll Skinheads in der Lage, eine derartige antidemokratische Welle hervorzurufen? Meine Antwort lautet: Nein, nicht die Skinheads sind die Ursache dieser Entwicklung! Sie sind nur ein Mosaiksteinchen in einer sehr viel grundlegenden Entwicklung, die unsere

Gesellschaft erfaßt: Als wir vor einem Jahr den Antifaschistischen Bund gegründet haben, schrieben wir in unsere Gründungserklärung:

"Die Wendepolitik der rechten Kräfte in unserem Land zielt auf eine gewaltige Rückwärtsentwicklung, in der eine



RECKLINGHAUSEN

- ATTATROLL-BUHLADEN
- VAN-AHLEN-BUHLADEN
- SONNENBLUME-NATURKOSTL.
- WURZEL- NATURKOSTL. (RE-SÜD)
- DRÜBBELKEN
- GRAUZONE
- ACHT-ACHT
- ALTSTADTSCHMIEDE
- AUTONOMES ZENTRUM
- GRÜNES BÜRO

MARL

- DIE SCHEUNE, BUCHLADEN

DORSTEN

- BIOLADEN "KUCKUCKSEI"

HERTEN

- BÜCHEREULE
- SCHROT-U. KORN-NATURKOSTL.
- BIOLADEN

DORTMUND

- GESCHICHTSWERKSTATT
- ATOM-STOP-BÜRO
- LITFAß-BUHLADEN
- CAFE SAMOWAR
- TARANTA BABU, BUCHL.

große Zahl erkämpfter demokratischer Rechte abgebaut wurde und werden. In der demokratisches Engagement der Bürger weitgehend mundtot gemacht werden soll, in der preußische Ordnungsvorstellungen und militärische Gesinnung wieder Triebkräfte werden, in der Solidarität und Menschlichkeit verachtet und geringschätzt werden." (...)

Wer für eine "Ausländer und Asylbewerber-Raus"-Politik eintritt, wer für eine nationale Gesundung unseres Volkes und unserer Nation eintritt, wer für die Solidarität der Erfolgreichen, die Solidarität der Arbeitsplatzbesitzer mit den Unternehmern eintritt und die Arbeitslosen aus der Gemeinschaft ausgrenzt, der unterstützt die Rechtsentwicklung in unserem Land, der bereitet einem neuen Faschismus fruchtbaren Boden !(...)

Die Lehre aus der Geschichte kann nur diese sein:

Nur wenn sich alle demokratischen Kräfte zum gemeinsamen Handeln und zum gemeinsamen Widerstand zusammenfinden, kann ein neues '33 verhindert werden: Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg! Hoch die internationale Solidarität!"

3. Gemeinsame Rede von Jusos, Falken, SDAJ, Arbeiterjugendverband/ML

(...)

"Wir haben uns hier versammelt, weil wir doppelt betroffen sind, zum einen erleben wir die schärfste wirtschaftliche und soziale Krise der jüngsten Vergangenheit (...).

Gerade Jugendliche und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger werden

durch Arbeitslosigkeit und besonders auch durch Lehrstellenmangel in eine Außenseiterrolle gedrängt (...). Dazu kommt für uns heute noch die faschistische FAP mit den Skinheads als Terrorgruppen. (...)

Wer Asylbewerber als wirtschaftliche Flüchtlinge beschimpft, wer Folter und Mord der Rechtsdiktatur in Chile eine unfeine Behandlung nennt, und wer ausländische Arbeiter mit Geld und politischem Druck zurück in ihre Heimatländer nötigt, der sieht gewollt oder ungewollt diesen gewalttätigen faschistischen Schlägern zu. (...)

Ich frage:

Muß man wirklich die Jugendheime und Begegnungsstätten schließen, die sich seit Jahren durch gute Jugend- und Sozialarbeit auszeichnen? Wir wissen es nicht, aber wir stehen heute hier auch, um allen Verantwortlichen zu zeigen, daß wir uns mit solch einer Politik nicht abfinden!

Wir fordern hier unsere Zukunft ein, wir fordern Arbeit und Ausbildung für alle. Wir fordern:

Entzieht dem braunen Pack den Boden, auf dem es immer noch lebt und wächst und gedeiht.



Dafür brauchen wir:

- die Ausbildungsplätze im Bergbau, die Bagemann uns nehmen will,
- die Arbeitsplätze, die uns den Lebensunterhalt sichern,
- die Jugendheime für unsere Freizeit. (...)

Heute können es alle sehen:

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch. Deshalb wehren wir heute den Anfängen!

Wir kämpfen für unsere Zukunft und werden gewinnen!"

4. Recklinghäuser Frauenzentrum

Ich grüße Euch im Namen des Frauenzentrums und will die Gelegenheit nutzen, vor allem die Frauen zum Widerstand gegen Faschismus und reaktionäre Frauenpolitik der Wenderegierung aufzurufen. In RE gibt es bereits 12 unterschiedliche Frauengruppen und -organisationen, die sich als Recklinghäuser Frauenplenum dem antifaschistischen Aktionsbündnis angeschlossen haben. (...)

Neofaschistische Parteien wie die NPD, die Republikaner oder die FAP knüpfen unmittelbar an die nationalsozialistische Frauen- und Familienpolitik an. (...)

Faschismus bedeutet für die Frau:

- die Verdrängung aus allen besser qualifizierten Positionen durch entsprechende Verbotsgesetze
- Einschränkung der Bildungsmöglichkeiten mit dem Ziel, Frauen nur noch auf dienende und sorgende Funktionen festzulegen
- Verschärfung des §218, da der Mittelpunkt im Leben einer Frau die Familie

und damit die Produktion und Aufzucht von Kindern sein soll.

(...)

Der Faschismus minderte die Frau zum selbst- und willenlosen Wesen ab, das treu und ergeben dem Ehemann und dem nationalsozialistischen Staat dienen sollte.

Die Propagierung von Familiengeist und Mutterrolle sind jedoch längst nicht mehr nur Bestandteile faschistischer Ideologie. Mit Appellen an das soziale Gewissen der Frau versucht die konservative Frauenpolitik der CDU/FDP-Koalition die Frau an ihre "Familiensolidarität", so aus dem Mund von R. Süßmuth, zu erinnern (...).

Wir behaupten nicht, daß faschistische und konservative Frauenpolitik ein und dasselbe sind. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, daß faschistische Frauenpolitik ihre Ziele mit Gewalt und Terror durchsetzt, während die konservative Frauenpolitik versucht, mit moralischen Appellen, Propagierung des Mutterideals, geschickter Gesetzgebung, etc. die Frau in das gesellschaftliche Abseits zu drängen, auf Heim und Herd festzulegen.

Das lassen wir uns nicht bieten.

Wir fordern stattdessen:

- Vergesellschaftung von Erziehung (ausreichende Schaffung von Kinderhort-Tagesstätten-Plätzen)
- Abschaffung ungeschützter unterbezahlter Beschäftigungsverhältnisse (Heimarbeit, Arbeit auf Abruf, etc.)
- radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- Streichung des §218.



PRESSEERKLÄRUNG

DER AKTIONSEINHEIT
ZUM 7.11.1987



- abgegeben bei
WAZ und
Recklinghäuser Zeitung,
jedoch nicht veröffentlicht
worden !!

Obwohl schon längst wieder der Alltag in Recklinghausen eingekehrt ist und die Bürger wohl kaum noch oder nur wenig an den 7. November zurückdenken, wollen wir im Namen der AKTIONSEINHEIT GEGEN DAS SKINHEADTREFFEN uns noch einmal abschließend äußern.

Wir alle haben es außerordentlich begrüßt, daß an diesem Tag eine breite Einheit zwischen unterschiedlichsten politischen Kräften erzielt wurde und eine große Demonstration stattfand: Dies war nur möglich, weil die beteiligten Gruppen und Organisationen diszipliniert, geschlossen und solidarisch zusammengewirkt haben.

Wir freuen uns auch darüber, daß der 7. November überwiegend friedlich verlaufen ist und daß die Polizei den größten Teil der Skinheads gar nicht erst aus dem Recklinghäuser Bahnhof herausgelassen hat. Wir wissen alle, wie sehr in den Tagen vor dem 7.11. Angst und Unsicherheit um sich griffen - auf diesem Hintergrund danken wir allen, sowohl den Demonstranten wie auch den die

Demonstration begleitenden Polizisten, für ihr besonnenes und überlegtes Handeln. All dies trug dazu bei, daß das Ziel, das Skinheadtreffen zu verhindern, auch in die Tat umgesetzt wurde.

Auf dem Hintergrund dieser positiven Erfahrungen appellieren wir eindringlich an CDU, SPD, DGB und alle, die sich nicht entschließen konnten, die Demonstration zu unterstützen: Nehmt den 7. November als Anlaß und Ausgangspunkt für eine zukünftige Zusammenarbeit wirklich aller demokratischen Kräfte gegen den aufkommenden Neofaschismus!



Ankündigung des Skinheadtreffens in der letzten Ausgabe

Neben der überwiegend positiven Bilanz der Antifaschistischen Aktionseinheit am 7.11. möchten

wir nicht versäumen, einen Punkt unserer Arbeit selbstkritisch zu erwähnen:

Wir bedauern, daß der Redebeitrag des "Unabhängigen Spektrums" verlesen wurde, ohne daß der Sprecher aufs Podium trat. Wir meinen, daß der politische Widerstand gegen den Neofaschismus nur in öffentlicher Form organisiert werden kann.

Wir möchten weiter auf folgendes hinweisen:

Neben den positiven Aspekten des Polizeiverhaltens am 7.11. kritisieren wir die Tatsache, daß 43 Leute wegen teilweise gering-



fügiger Vorwürfe (Mitführen eines Taschenmessers) über Stunden hinweg festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt wurden, und zwar in extra für diesen Zweck außerhalb des Polizeipräsidiums bereitgestellten sog. "Gefangenenensammelstellen". Eine ganze Reihe von Menschen aus anderen Städten waren auf der Suche nach den Verbliebenen.

Trotz mehrmaliger Aufforderungen seitens der Demonstrationsleitung gab die Polizei keinerlei Auskünfte über den Aufenthaltsort der Festgenommenen. Diese Maßnahme erfüllt uns insbesondere auf dem Hintergrund der Frankfurter Ereignisse mit Sorge: Die geplante Einschränkung des Demonstrationsrechts ist ganz sicher kein geeignetes Mittel, um gegen zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft vorzugehen: Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Entlassungswellen in

wichtigen Bereichen der Wirtschaft - wie die angedrohten Entlassungen bei Klöckner-Bekorit - verbunden mit einem Gefühl bei vielen, "von denen da oben" nichts mehr erwarten zu können - hier liegen die tieferen Ursachen der zunehmenden Gewalt in unserer Gesellschaft.

DIE AKTIONSEINHEIT
GEGEN DAS SKINHEADTREFFEN

Info... Info... Info... Info

AM 8. FEBRUAR 1988 FINDET IM AMTS-GERICHT DORTMUND, SAAL 100, 10.00 UHR EIN PROZESS GEGEN DEN FAP-LANDESVORSITZENDEN SIEGFRIED BORCHERT ("SS-SIGI") UND 15 WEITERE FAP-MITGLIEDER STATT. BORCHERT SAß BIS VOR KURZEM IN DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT UMMELN WEGEN KÖRPERVERLETZUNG EIN. 1985 WAR ER SPITZENKANDIDAT DER FAP BEI DEN LANDTAGSWAHLEN NRW.

zur Anti-Skin-Demonstration

Die Recklinghäuser Zeitung vom 9.11.:
"Keine" Randle": Polizei hatte "Skins"
fest im Griff. Die befürchtete gewalt-
 tätige Konfrontation von Rechtsradika-
 len Skinheads und Gegendemonstranten
 fand am Samstag in Recklinghausen nicht
 statt. Rund 1000 Polizeibeamte hatten
 die Situation beim Skinheadtreffen fest
 im Griff. Leidtragender war der Handel
 in der Innenstadt. Die Umsatzverluste
 im Vergleich zum ersten verkaufsoffenen
 langen Samstag im November des vergan-
 genen Jahres werden auf 1.2 Mio. DM
 geschätzt."

Die WAZ vom 9.11.:
"Ein Dutzend Skinheads halten die Stadt
in Atem. Rund 1500 Gegendemonstranten,
 1000 Polizeibeamte aus ganz NRW und
 ein Dutzend Skinheads bestimmen am Sam-
 stag das Bild auf den Altstadtstraßen
 von Recklinghausen. Das erste "bundes-
 weite" Treffen der jugendlichen Neo-
 nazis war für die rechtsradikale Schlä-
 gertruppe ein Schlag ins Wasser. (...) Die
 Polizei sorgte mit Generalstabarbeit
 dafür, daß keine kahlgeschorenen Skin-
 heads in die Innenstadt kamen. Auch
 militante Gegendemonstranten wurden
 schon vorher abgefangen. (...) "Den Nazis
 keine Chance. Für Völkerverständigung.
 Gegen Ausländerfeindlichkeit", lauteten
 die Parolen auf zahlreichen Spruchbän-
 dern, die vom großen Zug der Gegendemo-
 nstranten durch die Stadt getragen
 wurden. Die Kundgebung auf dem alten
 Markt verlief friedlich."

-14-

Die taz vom 9.11.:

"Keine Skins in Recklinghausen. Polizei
finf die "Glatzen" schon am Bahnhof
ab/Riesige antifaschistische Gegendemo
mit zahlreichen Festnahmen/Angespannte
Stimmung in der verkaufsoffenen Innen-
stadt. Etwa 1400 Antifaschistische
 Demonstranten trafen sich am Samstag
 in Recklinghausen. Um einer als "Deutsch-
 landtreffen" angekündigten Versammlung
 der neofaschistischen Skinheads zu bege-
 gen. Unter der Parole "Ein Volk steht
 auf, und Sturm bricht los" wollten die
 Skinheads vor dem Rathaus aufmarschieren.
 Während der Demonstrationzug, der von
 einem "antifaschistischen Bündnis Reck-
 linghausen" organisiert worden war,
 fing die Polizei, die mit etwa 1500
 uniformierten Damen und Herren präsent
 war, etliche glatzköpfige Schlägertrupps
 schon am Bahnhof ab und ließ sie erst
 gar nicht in die Stadt. (...) Der Demo
 war eine regelrechte Pressehetze gegen
 Skins und Gegendemonstranten vorausge-
 gangen, die darin gipfelte, daß die
 SPD und CDU-Ratsfraktion die Gegendemo
 als "eigentliche Gefahr" darstellten.
 Begegnen wollte man der roten "Gefahr"
 durch eine Unzahl von Demo-Auflagen
 -wie z.B. dem Verbot des Kulturprogramms."

**Noch kein
Skinhead
gesichtet**
Angst
Kaum Skins - Gegendemo - 1,2 Mio. Umsatzminus!
Keine "Randle": Polizei
hatte "Skins" fest im Griff
Polizei hatte alles im Griff
1 000 Polizeibeamte im Einsatz
 Artikelüberschriften aus der WAZ
 und RZ

zur Anti-Skin-Demonstration

Die türkische Zeitung "Türkiye Postasi"
 vom 20.11.87 (sinngemäße Übersetzung):
"Ein Landrat, der kein Karate kann.
 Am 7.11. war von den Neofaschisten in
 Recklinghausen eine Versammlung geplant.
 Sie wollten aus allen Bundesländern
 kommen und Aktionen durchführen. So
 hatten sie es angekündigt. Der Reck-
 linghäuser AFB, der RETID, Jusos, SDAJ,
 Grüne und Falken organisierten eine
 Gegendemonstration und Kundgebung. Der
 Bürgermeister der Stadt hatte zwei Tage
 vorher die Stadt verlassen, und die
 Stadtverwaltung trug durch ihr Verhal-
 ten zu einer Zuspitzung der Situation
 bei. Die Bürger erledigten ihre Einkäufe
 einen Tag früher und zogen sich am Tage
 der Demonstration in ihre Häuser zurück.
 Die türkischen Mitbewohner, die die
 Nachricht erhalten haben, verriegelten
 ihre Türen mit festen Schlössern.
 1000 Polizisten füllten die Straßen.
 Die neofaschistischen Skinheads versuch-
 ten mit Autos in die Stadt zu kommen.
 An Bahnstationen gab es die ersten
 Ausschreitungen. Kaum waren sie aus
 den Zügen gestiegen, hat die Polizei
 die Herankommenden gleich wieder in
 den Zug gesteckt und weitergeschickt.
 Obwohl es ein langer Samstag war, waren
 die Straßen leer. Sehr viele Geschäfte
 waren geschlossen. Die Leute schauten
 aus den Fenstern und warteten, was passie-
 ren würde.

Aber es gab auch Ausländer und Deutsche,
 deren Zahl nicht gering war, welche

sagten, die Ausländer sollten bleiben
 und die Faschisten sollten abhauen.
 Nach allen Informationen haben sich
 über 2000 Antifaschisten an der Demonstra-
 tion beteiligt. Auf zwei Demonstranten
 kam ein Polizist.

Auf der Kundgebung sprach Wolfgang
 Tschentscher für den AFB folgende Rede
 (...) und Bahattin Erdem für den RETID
 sagte folgendes (...). Die Hochöfen wer-
 den dichtgemacht, die Ausländer sollen
 vertrieben werden - das geht Hand in
 Hand (...) Aber die Leute im Pütt haben
 sich dem Spiel nicht angeschlossen,
 sie sagen nicht: Die Ausländer sind
 schuld, sondern sagen: Wir müssen mit
 den Leuten, die sich gegen diese Ent-
 wicklung wehren, Schulter an Schulter
 zusammengehen.

Eine große Anzahl von türkischen Zechen-
 arbeitern wird in 3-5 Jahren ihre Rente
 bekommen. Ohne diese Rente bekommen zu
 haben, werden wir keinen Schritt weichen.
 Oder die ganze Arbeit, die man im ganzen
 Leben getan hat, würde umsonst gewesen
 sein."



-15-

BERICHT ÜBER Landesweite Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen NRW 12.12.1987 Bielefeld

Am 12.12.87 fand in Bielefeld die achte Antifa-Landeskonferenz NRW statt, an der etwa 160 Leute aus ganz NRW teilnahmen.

Die Konferenz begann mit einem Erfahrungsaustausch der Initiativenarbeit aus den einzelnen Städten: Aus Witten wurde berichtet, daß der aus der Haft entlassene Siegfried Borchert (SS-Sigi) dort inzwischen wieder aktiv ist. In Dortmund wurden verstärkte Auftritte der FAP festgestellt. Ebenso gab es in der Umgebung von Düsseldorf starke Aktivitäten von Neonazis: Überfälle auf Alternativläden, Büros der Grünen, Büros der Sinti und Roma und auch sonst jede Menge "Schmierereien".

Um solche Aktivitäten demnächst zu verhindern, hat sich in Düsseldorf ein breites Forum gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit zusammengetan.

Aus Bielefeld wurde über die verschiedenen Antifa-Aktivitäten gegen das Zentrum der "Nationalistischen Front" (NF) berichtet. Hier hat sich u.a.

eine Nachbarschaftsinitiative gegründet, die hauptsächlich aus Bürgern aus dem Wohngebiet um das NF-Zentrum in der Bleichstraße besteht.

Zur Aufklärung der Bürger wurden dort Informationen an die Haushalte verschickt und eine gute Broschüre über die NF erstellt. Außerdem fanden seit 1986 über 40 Mahnwachen mit 150 bis 2500 Teilnehmern und viele Demonstrationen in der Bleichstraße statt, wodurch eine größere Sensibilität für die Angelegenheit bei den Politikern erreicht wurde.

Unter den Bürgern im Wohngebiet herrscht eine gute Solidarität trotz gezielter Einschüchterung durch Neonazis aus dem NF-Zentrum wie Scheiben einschmeißen, Reifen zerstechen, Drohbriefe und anonyme Anrufe ...

Fortgesetzt wurde die Konferenz am Nachmittag mit der Tagung der einzelnen Arbeitsgruppen. Elf unterschiedliche Themengebiete standen zur Auswahl, von denen wir einige vorstellen wollen:

In der Arbeitsgruppe "ERZIEHUNG, SCHULE, UNTERRICHT" wurde über die Versuche von Neofaschisten gesprochen, Jugendliche durch faschistische Propaganda zu rekrutieren. Nicht nur an Bielefelder Schulen tauchen zunehmend Nazi-Parolen auf und werden zunehmend von der NF mobilisierte Jugendliche aktiv. Außerdem wurde über die Aufgabe der Lehrer zu antifaschistischer Erziehungsarbeit und die Auseinandersetzung der Schüler mit faschistischer Propaganda gesprochen.

In der Arbeitsgruppe "ANTIFASCHISTISCHE SOZIALARBEIT" wurde festgestellt, daß faschistische Gruppen gerade unter Jugendlichen eine gewisse Anhangsbildung verzeichnen, besonders unter Arbeitslosen. Es ergab sich die Frage, ob nicht in erster Linie sozialpädagogische Arbeit statt politischer Auseinandersetzung gefordert ist, oder ob die Ursachen in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung liegen, gegen die eine umfassende antifaschistische, politische Auseinandersetzung geführt werden muß, die von Sozialarbeit flankiert, aber nicht ersetzt werden kann.

In der Arbeitsgruppe "NATION, NATIONALISMUS" wurde über das Verständnis der Begriffe Nation, Nationalismus und Heimat gesprochen. Die Wiederbelebung dieser Begriffe

zeigt sich bei den "Neuen Rechten": Hier wird z.B. von Befreiungsnationalismus gesprochen, NPD, FAP und NF haben das Motto "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein". In der Gruppe wurde ein Überblick über faschistische Theorien gewonnen. Die Arbeitsgruppe "FRAUENROLLE IM NEOFASCHISMUS" sprach über die Volksgemeinschafts-Ideologie, die die Gleichberechtigung der Frau grundsätzlich ausschließt. Die Rolle der Frau wird mythologisch verklärt, während ihr gleichzeitig eine dienende Funktion zugewiesen wird.

Die Arbeitsgruppe "JURISTISCHE GRUNDLAGEN GEGEN FASCHISTISCHE WIEDERBETÄTIGUNG" diskutierte die Frage der Anwendung des Art. 139 GG und weitere juristische Möglichkeiten, um z.B. Nazi-Parteitage nicht zuzulassen.



In der Arbeitsgruppe:

"FASCHISTISCHE SAMMLUNGSBEWEGUNG" wurde über die Tendenz der Zusammenführung offen faschistischer Positionen und solchen der Neokonservativen in der sog. "Braunzone" gesprochen. Bei den Wahlen in Bremen und Bremerhaven testeten die Faschisten eine Listenkandidatur, auf der erstmals DVU und NPD gemeinsam kandidierten - mit dem bemerkenswerten Erfolg, daß die Faschisten mit einem Abgeordneten ins Parlament einziehen konnten!

Weitere Arbeitsgruppen befaßten sich mit folgenden Themen:

- Wahlrecht für Ausländer und Flüchtlinge/geplante Verschärfung der Ausländergesetzgebung
- Neue Sicherheitsgesetze
- Faschismus und Konzernpolitik
- Verkappte Rechte
- Reaktionäre und Neofaschisten an der Hochschule

Nach der Tagung der Arbeitsgruppen wurde im Plenum über Anträge diskutiert und einige Beschlüsse verabschiedet. Auszüge aus den Beschlüssen der Konferenz findet Ihr im Anschluß an diesen Artikel.

Zum Ende der Konferenz ging es dann in die Bleichstraße, wo sich fast alle Teilnehmer zur Mahnwache vor dem Nazizentrum versammelten.

Die nächste landesweite Konferenz aller antifaschistischen Initiativen und Organisa-

tionen wird voraussichtlich im Mai 1988 in Essen stattfinden.

Da der DGB nicht für die Unterstützung der Konferenz gewonnen werden konnte, lehnte die Stadt Bielefeld einen finanziellen Beitrag ab, so daß die Konferenz allein durch Spenden finanziert werden mußte.

In der Presse wurde die Konferenz unterschiedlich bewertet. Der WDR berichtete in einem freundlich gehaltenen Beitrag in der Aktuellen Stunde im dritten TV-Programm über die Konferenz und brachte dabei ein Interview mit einem Referenten der Arbeitsgruppe "Juristische Grundlagen gegen faschistische Wiederbetätigung", Michael Boutelier, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen Bielefeld, in dem dieser feststellte, daß durch die Aufnahme des Art. 139 GG diesem ein antifaschistischer Auftrag verliehen worden sei. Er sprach sich deshalb gegen die Gleichsetzung von "Links- und Rechtsextremismus" aus.

Auch im Hörfunk WDR1 und WDR2 wurde über die Konferenz berichtet.

Das reaktionäre Westfalenblatt in Bielefeld hetzte in einem längeren Artikel über die Konferenz, auf der sich deren Ansicht nach die Verfassungsfeinde getummelt hätten.

Die SPD-orientierte Neue Westfälische brachte nur eine nichtssagende kurze Meldung, ohne auf Beschlüsse der Konferenz einzugehen.

Das grün-alternative Stadtblatt wertete die "Vernetzung der Antifa-Initiativen" durch den stattgefundenen Informationsaustausch als "förderlich".

Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge aus den Beschlüssen der Konferenz:

Zum Verbot faschistischer Organisationen: "Wir kritisieren die Position des Landesinnenministeriums, Art. 139 GG sei nicht mehr gültig, faschistischen Organisationen stünden uneingeschränkte demokratische Rechte zu wie z.Bsp. Meinungs- und Versammlungsfreiheit, passives Wahlrecht, Parteienprivileg und Verbote könnten nur Art. 21 GG ausgesprochen werden. Kern faschistischer Zielsetzung ist gerade die Aushebelung jeglicher demokratischer Rechte, ist gerade die brutalste Unterdrückung jeglicher politischer Opposition und die Zerschlagung jeder sozialen Interessensvertretung, die den Zielen der Nazis im Weg steht... Faschisten können keine demokratischen Rechte für ihre Politik beanspruchen; faschistische Wiederbetätigung muß behindert werden. Genau diese übereinstimmende Meinung der Antifaschisten drückte sich in den Kontrollratsgesetzen aus, die durch Art. 139 GG ausdrücklich anerkannt wurden. Und genau aus diesem Grund fordern wir Antifaschisten heute ebenso eine eindeutig gegen die Ziele faschistischer Politik gerichtete gesetzliche Regelung... Gerade die Situation in NRW. 2. zeigt die Notwendigkeit, die politische Auseinandersetzung um die Anwendung auch juristischer Mittel gegen faschistische Politik zu führen. Gerade das tut Innenminister Schnoor jedoch nicht, sondern erklärt die Ausübung faschistischer Politik als rechtsstaatlich legitim und antifaschistischen Widerstand dagegen damit von vornherein als undemokratisch und nicht im Sinne des Rechtsstaates. ... Wir fordern von der Landesregierung die Wahrnehmung ihrer eigenen Kompetenzen, wie sie sich aus Art. 139 GG, weiteren einschlägigen Artikeln des Grundgesetzes und dem Straf- und Vereinsgesetz ergeben, um faschistische Organisationen zu verbieten..."

An die Belegschaft, BR und VLK der Krupp Stahl AG, Rheinhausen: "(Wir) wünschen Euch Erfolg in Eurem Kampf gegen die Stilllegung des Stahl-Standortes Rheinhausen. Mit (diesem) Plan hat der Krupp-Konzern den Rationalisierungsfeldzug der westdeutschen Stahlindustrie erneut drastisch verschärft... Gleichzeitig zeigen die Absichten des Krupp-Konzerns, wie weitgehend die westdeutschen Stahlmonopole ihre Politik bereits untereinander abstimmen. In diesem Sinne betreiben sie längst eine 'nationale Stahlpolitik', die von den Profitinteressen bestimmt und über die Deutsche Bank abgestimmt wird... Gerade der Krupp-Konzern kann auf eine lange Tradition einer solchen (rücksichtslosen) Politik zurückblicken. Sie fand ihren Ausdruck letztlich in der Finanzierung des Hitler-Faschismus und der Umsetzung menschenverachtender Expansionsstrategien... Wir wissen, daß der Kampf für die sozialen Interessen der Lohnabhängigen und antifaschistischer Kampf zwei Seiten einer Medaille sind. Wir begrüßen es, daß Ihr es zurückgewiesen habt, daß faschistische Gruppen wie FAP und 'Patrioten' vor den Toren von Krupp-Rheinhausen Flugblätter verteilt haben. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den Widerstand gegen Faschisten zu stärken."

An den Präsidenten der Uni Oldenburg: "(Die Konferenz) unterstützt die antifaschistischen Aktivitäten von Studenten der Universität Oldenburg, die sich gegen die Etablierung völkischer, nationalrevolutionärer Strömungen an dieser Universität zur Wehr setzen. Diese Positionen, vertreten vor allem durch Prof. Vonderach und dessen Zeitschrift 'Gezeiten' sind ideologisch der nationalrevolutionären Richtung des bundesdeutschen Neofaschismus zuzuordnen und knüpfen inhaltlich an Vorstellungen der 'konservativen Revolution', die den Nationalsozialismus mit vorbereiten half, an."

Ordnungsverfügungen gegen kurdische Zeitschriften: "Am 26.10.87 erließ das Amt für öffentliche Ordnung Köln eine Ordnungsverfügung gem. § 6 Abs. 2 AuslG gegen den Verleger und presse-rechtlich Verantwortlichen von zwei kurdischen Zeitungen ("Sexwebun" und "Kurdistan-Report", d.Verf.)... Das Amt für öffentliche Ordnung erließ diese Ordnungsverfügung in einer Situation, in der es den Organen der Staatsanwaltschaft, dem Geheimdienst und anderen staatlichen Stellen nicht gelungen ist, den Verleibern und Personen, die den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan in der BRD unterstützen, kriminelle Straftaten nachzuweisen. Jetzt soll unter Anwendung des Ausländergesetzes die politische Propaganda verboten werden... Wir finden es unerträglich, daß einem bedeutenden Teil der in der BRD lebenden Menschen die politische Meinungsfreiheit in dieser Weise entzogen werden kann. Mit ganz ähnlichen Begründungen sind auch politische Organisationen von hier lebenden Ausländern schon verboten worden, zuletzt die türkischen Organisationen Dev Sol und Halk Der. Wir fordern das Amt für öffentliche Ordnung Köln auf, die Verfügung zurückzuziehen. Wir fordern den zuständigen Innenminister Schnoor auf, dafür zu sorgen, daß die Ordnungsverfügung der Stadt Köln aufgehoben wird. Gleichzeitig fordern wir Herrn Schnoor auf, sich für die Abschaffung des § 6 AuslG beim Bundesrat einzusetzen."

Antifaz
Antifaschistische Zeitung

Briefe an Redaktion
die SIND ERWÜNSCHT !!

Bankverbindung:

Stadtparkasse Recklinghausen

Bankleitzahl: 426 500 30

Kontonummer: 1000 282 99

-19-

Blick nach

München

In der Fernseh-Jugendsendung "Live aus ^{dem} Alabama" (Bayern 3) sollte am 14.9.87 eine Live-Diskussion stattfinden, u.a. mit den Mitgliedern des "Komitee Adolf Hitler" und der FAP.

Eine Beteiligung von Mitgliedern des Münchner Antifa-Bündnisses an der Diskussion wurde vom Bay. Rundfunk mit der Begründung, daß sie dem Verfassungsschutz aufgefallen seien, abgelehnt.

Das Antifa-Bündnis und ein Rundfunkrat der Grünen verlangten die Absetzung der Sendung,

Als der Bay. Rundfunk dieses ablehnte, versammelten sich am Abend der Sendung rund 200 Antifaschisten vor der Alabamahalle.

Daraufhin wurde die Sendung wegen der zu erwartenden "schweren Störungen" abgesetzt.



Karlsruhe

Am Mittwoch, den 11.11.87, war im Karlsruher "Gewerbehof" ein Punkkonzert zur Unterstützung der politischen Gefangenen angekündigt.

Pünktlich zum Beginn erschienen einige Mitglieder des faschistischen KSC-Fanclubs "Destroyer" und Skinheads, die mit Baseballschlägern und Messern bewaffnet stören wollten.

Sie wurden schnell und energisch 'rausbefördert. Eine halbe Stunde später stand dann eine Schlägermeute von über 70 Faschisten vor der Toreinfahrt. Sie führten eine meterlange Hakenkreuzfahne mit sich und sangen das "Horst-Wessels-Lied".

draußen ...

Die Teilnehmer des Punkkonzertes beschlossen, die Faschisten auseinanderzutreiben. Die franz. Punkmusiker erklärten zudem, daß sie nicht spielen könnten, solange vor der Tür die Hakenkreuzfahne wehe.

Nachdem Steine flogen und ein Großteil der Konzertteilnehmer gegen die Faschisten vorging, ergriffen diese die Flucht.

Die SEK- und Bundesgrenzschutzeinheiten, die mittlerweile angerückt waren, griffen nicht ein.

Oer-Erkenschwick

Am 4.12.87 prügelte eine Jugendbande nach Angaben der Polizei vier Jugendliche krankenhausauf.

"Wir sind Neonazis und verprügeln alles, was schwarz gekleidet ist. Wir wollen den Gruftis an den Kragen."

Unter diesen Parolen wurden die etwa 15 Schläger aktiv.

Ihre Opfer wurden mit dem Rettungswagen ins Knappschaftskrankenhaus Recklinghausen gebracht, wo sie stationär behandelt werden. Irgendwelche Festnahmen gab es nicht.



Hannover

Am 12.9.87 überfielen ca. 30 Skins das "Exil" in Linden, demolierten den Gastraum und griffen die Gäste an. Die Polizei kann, wie bei Anschlägen der FAP-Anhänger in Hannover, keinen politischen Hintergrund feststellen.

Von der Presse und Justiz soll weisgemacht werden, daß diese 30 Skins rein zufällig das "Exil" überfielen und nicht einmal vorsätzlich bewaffnet waren, da sie diese Gegenstände eigentlich für ein Lagerfeuer gesammelt hätten.

Am 4.11.87 wurde die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / BdA" mit "tödlichen Grüßen" von der "Leibstandarte Adolf Hitler / Division Totenkopf" bedacht.

In dem anonymen Schreiben werden ihr, der Zeitschrift 'Flex', allen "Schwulen, Linken und asozialen Ratten" und der DKP Brandanschläge und Bomben angedroht. Das Schreiben steht in Zusammenhang mit den Faschistenprozessen.

Die VVN hat Anzeigen gegen Unbekannt erstattet.



Schleswig

Am 16.10.87 entdeckte ein Haufen bekannter Skins aus Rendsburg, Kropp und Dörpstedt in der Diskothek "Wagenrad" einige Punks.

Sofort gingen die Skins mit Stühlen, Flaschen u.ä. auf diese los und schlugen einige krankenhaushausreif.



Essen

Am 21.9.87 gegen 16 Uhr drangen drei FAPler (davon zwei Skinheads) in das DKP-Kreisbüro ein und bedrohten die dort anwesenden Genossen und Genossinnen und verwüsteten die Büroeinrichtung.

Die DKP zu warnen, keine Aktionen gegen die FAP mehr zu unterstützen, so die Faschisten, sei das Ziel des Überfalles.

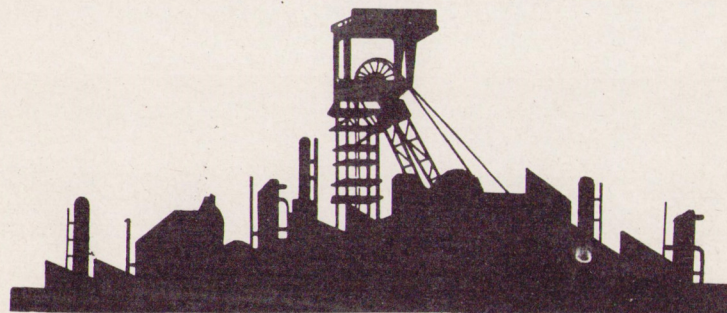
Ein 60 jähr. Genosse, der flüchtete, um Hilfe zu holen, wurde von den beiden Skins verfolgt und brutal auf offener Straße zusammengeschlagen.

Am Abend wurden die drei FAPler verhaftet, einer gestand, den Mann zusammengeschlagen zu haben.

Ein Sprecher des 14. Kriminalkommissariats Essen ließ gegenüber der WAZ verlauten: "Es muß davon ausgegangen werden, daß es sich bei den Tätern um Mitglieder der FAP handelt. Wir sind heilfroh, daß wir endlich einige von denen erwischt haben."

Am 26.9.87 beteiligten sich etwa 450 Menschen an einer Demonstration und Kundgebung gegen den FAP-Überfall auf das Kreisbüro der DKP.

Es blieb beim Polizeischutz für Faschisten: Am Samstag wurden noch vor der Demonstration Punks mit faden-scheinigen Begründungen vorübergehend festgenommen, währenddessen ein Haus, in dem FAPler vermutet wurden, von der Polizei stark bewacht wurde.



Soltau

Am "Volkstrauertag" zogen ca. 100 junge Faschisten, FAP und Deutsche Frauenfront, mit Kränzen, Fahnen und Trommelwirbel in Marschformation von der Ortschaft Essel zum etwa zwei Kilometer entfernt liegenden Soldatenfriedhof.

Die letzten 2 Jahre war so etwas durch große anti-faschistische Demonstrationen unterbunden worden. Diesmal war der Aufmarsch laut Zivilpolizei angemeldet und genehmigt, und wurde von der Polizei gesichert. Diese sicherte dann auch noch einen Zug der Faschisten durch Walsrode.

Der Kreisvorstand der Grünen hat seine Empörung über die mögliche Genehmigung durch den Oberkreisdirektor erklärt und will eine Anfrage dazu im Kreistag einbringen. Der Landesvorstand des VVN/BdA hat protestiert und erklärt, "gemeinsam mit allen antifaschistischen Kräften nach Wegen zu suchen, solche Aktionen nicht zur 'Dauereinrichtung' werden zu lassen."



Kiel

Am 21./22.11.87 haben offenbar von Neofaschisten beeinflusste jugendliche Schläger einige Personen, die die von ihnen geäußerten Frechheiten nicht ohne Protest hinnehmen wollten und sich zur Wehr setzten, brutal zusammengeschlagen:

Samstag nacht verwüsteten fünf Schläger eine Privatwohnung und verletzten eine Bewohnerin, weil sie Antifaschisten darin vermuteten.

Am Sonntag marschierten zwei Neonazis mit Hitlergruß und faschistischen Parolen durch einen Bus der Stadtwerke. Einen Fahrgast, der dagegen protestierte, beschimpften sie als "Judensau" und begannen am Hauptbahnhof eine Schlägerei mit ihm.

Die Polizei kann keine politischen Motive erkennen.

Oberhausen

Im Zusammenhang mit der Demonstration gegen das Skinhead-Treffen am 2. Mai '87 in Oberhausen führten die erstendrei Prozesse zu recht unterschiedlichen Ergebnissen: Im 1. Prozeß vom 10.11.87 wurde das Verfahren gegen einen Türken eingestellt. Der Staatsanwalt selbst stimmte zu: "In der Oberhausener Bevölkerung herrschte zu den Ereignissen der Tenor vor, daß die Skinheads die lieben Kinder waren - das ist das Perverse dabei - und die Gegendemonstranten die Gewalttätigen."

Im 2. Prozeß sollte ein Antifaschist wegen "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, versuchter Körperverletzung und Widerstand bei der Festnahme" verurteilt werden. Die beiden Polizisten, auf die sich die Anklage stützte, verstrickten sich vor Gericht aber in große Widersprüche (der Schlagstock des Angeklagten wurde zum Portemonnaie) und wurden selbst durch Fotografien von der Festnahme belastet. Statt auf Einstellung des Verfahrens bestand der Staatsanwalt weiterhin auf Verurteilung, so daß der Prozeß vertagt wurde.

Im 3. Prozeß war ein Türke aus Essen wegen "gefährlicher Körperverletzung" angeklagt. Nach Aussage eines Polizeihundführers habe sich der Türke zusammen mit fünf anderen auf einen Skinhead gestürzt, ihn geschlagen und getreten. Über Ort und Zeit des Geschehens gab es Widersprüche, die entlastenden Aussagen der ausländischen Zeugen bezeichnete der Staatsanwalt aber als "wohl getürkt". Der Angeklagte wurde schließlich zu 20 Tagessätzen a 60,-DM verurteilt.

Ein Zuhörer des Prozesses protestierte:

Beim 1. Prozeß haben rund 60 ihre Solidarität demonstriert und die Presse hat berichtet - da wurde eingestellt. Beim 2. Prozeß kamen noch 40 Leute und die Presse - da wurde vertagt. Diesmal saßen gerade 20 auf den Zuhörerbänken und niemand von der Presse mehr - da trauen die sich. Wie soll das erst bei den nächsten Terminen werden?"



GRÜNDUNG EINES ANTIFASCHISTISCHEN BUNDES (AFB) IN DÜLMEN

Am Freitag, den 4. März '88 soll in Dülmen ein weiterer Antifaschistischer Bund (AFB) gegründet werden.

Der AFB Dülmen schließt sich der Plattform des AFB Recklinghausens vollständig an. Diese Plattform beschreibt drei wichtige Ziele, auf die sich die Arbeit im Antifaschistischen Bund primär konzentriert: So versteht sich der AFB als ein Zusammenschluß von Bürgern unterschiedlicher politischer Richtungen, die sich gegen

- Reaktion,
- Faschismus und
- Krieg

zur Wehr setzen.

In der Plattform werden diese drei Ziele grob umschrieben, was lediglich als Diskussionsgrundlage dienen soll und natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

So liest man in der Plattform zu dem Begriff "gegen Reaktion": "Die Wendepolitik der rechten Kräfte in unserem Land zielt auf eine gewaltige Rückwärtsentwicklung, in der eine große Zahl erkämpfter demokratischer Rechte abgebaut wurden und werden, in der demokratisches Engagement der Bürger weitgehend mundtot gemacht werden soll, in der preußische Ordnungsvorstellungen und militärischer Geist



wieder Triebkräfte werden, in der Solidarität und Menschlichkeit geächtet und geringgeschätzt werden. Diese Kräfte versuchen, Einfluß zu nehmen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft (z.B. Schulen, im Betrieb, in Rundfunk und Fernsehen, in Behörden etc.)."

Die zweite Säule der Arbeit des AFB umspannt der Begriff "gegen Faschismus". Dazu steht in der Plattform:

"In Deutschland sollten wir eigentlich aus der Geschichte gelernt haben, was Faschismus bedeutet. Ein solch barbarisches Regime darf es nie wieder geben. Wenn heute dennoch faschistische

Organisationen wie die NPD oder die FAP wieder legal auftreten, sich an Wahlen beteiligen und Ausländer und Andersdenkende terrorisieren können, spätestens dann ist es an der Zeit, daß sich Demokraten und Antifaschisten zur Gegenwehr zusammenschließen. Wir wehren uns nicht mehr nur gegen Anfänge, sondern befinden uns mitten in einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in der eine große Zahl der Mitbürger schon wieder ausländerfeindlichen, rassistischen und nationalistischen Parolen zuneigt. In dieser Auseinandersetzung wollen wir uns gegen die Spitze dieses Eisberges, die Faschisten, aktiv zur Wehr setzen und allen entgegen treten, die sie unterstützen." Die dritte Säule umfaßt den Bereich "gegen Krieg":



"Für Demokraten und Antifaschisten ist es Teil ihres Selbstverständnisses, für eine friedliche Welt einzutreten, in der die Ursachen für Kriege endgültig beseitigt sind. Uns ist klar, daß alle Staaten abrüsten müssen, aber jeder muß vor seiner eigenen Tür anfangen. Daher setzen wir uns für konkrete Abrüstungsschritte der Bundesrepublik ohne Vorleistung anderer Staaten ein und wenden uns gegen das Gerede, erst müßten die anderen abrüsten - so wird es nie zu wirklicher Abrüstung kommen.

Wir treten ein für das Eindämmen kriegs- und gewaltverherrlichender Erzeugnisse (wie z.B. die Filme 'Rocky', 'Rambo' und 'Top Gun'). Wir unterstützen die Aktion der Friedensbewegung und sind ein Teil von ihr."

Für die Gründung eines AFB Dülmen sind mittlerweile in Dülmen und Umgebung Personen unterschiedlicher politischer Gruppen gewonnen worden, nicht zuletzt wegen der Tatsache, daß im Raum Dülmen, Nottuln, Coesfeld häufig Wehrsportübungen faschistischer Gruppen durchgeführt werden. Oft kommen diese Gruppen aus dem Ruhrgebiet, um in den ländlichen Gegenden ihre Kampffähigkeit für den Stadteinsatz ungestört unter Beweis zu stellen.

Weiterhin wurden in der Vergangenheit häufig faschistische

Aktionen wie die Zerstörung jüdischer Friedhöfe in mehreren Orten festgestellt, wobei die Grabsteine nicht nur inklusive Fundament aus dem Boden gerissen wurden, sondern auch mit Hammer und Meißel bearbeitet wurden.

Neben solchen Aktivitäten werden auch verstärkt Schmierereien mit faschistischen und ausländerfeindlichen Parolen an den Hauswänden entdeckt.

Die Gründung des AFB Dülmen wird bisher unterstützt von Mitgliedern der Grünen, SPD und Jusos, Deutscher Friedensunion (DFU), Föderation der Demokratischen Arbeitervereine Kurdistans e.V. (KKDK), Friedensini Nottuln, katholischer

Jugendgruppe in Dülmen BDKJ, Antifaschistischer Arbeitskreis, Unabhängiger Wählergemeinschaft (UWG), deutsch-holländische antifaschistische Stiftung "Nooit Meer/Nie Wieder" und natürlich nichtorganisierten Einzelpersonen.

Das nächste Vorbereitungstreffen soll am 18. Febr. '88 in der Gaststätte "Schmitz an den Türmen", Lüdinghäuser Str. 33, Dülmen, um 18.00 Uhr stattfinden. ***

PREISLISTE FÜR ANZEIGEN:

1 SEITE: 100 DM

1/2 SEITE: 50 DM

1/4 SEITE: 30 DM

STAND 1/88

"Bücherladen"

unsere Themen von
A-Z:

Ausländer
Biologisches Bauen
Chemie in Lebensmitteln
Dritte Welt
Entwicklungspolitik
Faschismus
Geschichte
Heilkräuter
Indianer
Kriegsgefahr
Liebe
Medien

Neonazismus
Ökologie
Politik
Reisen
Sanfte Energien
Strampen
Umweltschutz
Vollwerternährung
Waldsterben
Yoga
Zukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Hochstr. 12
4370 Marl

(02365/ 13448)

Schaut mal rein!

28

"Reichsgründungsfeier" der NPD im Recklinghäuser Ratskeller verhindert

Es war der 16.1. und es schien ein ganz normaler Samstagmittag zu werden bis zu dem Moment, als das Telefon klingelte. Bis dahin hatten wir von einem geplanten NPD-Treffen gehört, nun Erfahren wir Genaueres:

"Heute nachmittag um 17.00 Uhr möchten die Nazis den Tag der Reichsgründung feiern. Sie wollen sich vorm Rathaus versammeln."

Als wir uns zu angegebener Zeit an angegebenem Ort einfanden, mußten wir feststellen, daß die Nazis schon seit 16.30 Uhr im Ratskeller saßen. Es befanden sich nicht nur alte, sondern auch einige junge unter ihnen, die teilweise zur FAP gehören. Gegen die 50 Rechtsradikalen demonstrierte eine vergleichbare Anzahl von Antifaschisten.

Leute vom Antifaschistischen Bund (AFB), der AntifaZ-Redaktion, den Grünen, den Jungsozialisten, der Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, der DKP, der SDAJ, des VVN/BdA, der Redaktion des Holzwurms u.a. waren gekommen, um gemeinsam gegen die Faschisten zu demonstrieren.

Auch Bürgermeister Jochen Welt, Stadtdirektor Borggräfe und SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Budschun waren anwesend, nachdem sie von uns informiert wurden. Die versammelten Antifaschisten hatten das Ziel, den

Wirt aufzufordern, die Nazis vor die Tür zu setzen. Aber die Situation war schwierig, weil zum einen der Wirt des Ratskellers nicht sofort anwesend war und zum anderen auf Seiten der Nazis Provokationen auftraten, z. B. wurde einem der Antifaschisten der Inhalt eines Bierglases ins Gesicht geschüttet. - Gegen 18.20 Uhr kam dann endlich Josef Covic, der Wirt. Er gab an, von dem örtlichen NPD-Funktionär Gläsel getäuscht worden zu sein: Dieser habe eine Tagung für 40 Personen angemeldet und kein Wort über eine politische Versammlung verloren.... Gegen 18.30 Uhr machte J. Covic von seinem Hausrecht Gebrauch und schmiß die Nazis 'raus. Draußen wurden sie schon von Sprechchören der Antifaschisten und Blitzlichtern der Fotografen erwartet. Neben der Lokalpresse war auch die Deutsche Presseagentur, der "STERN" und der WDR vertreten.





PRESSEERKLÄRUNG



des Antifaschistischen Bundes (AFB)

zur Berichterstattung der
Recklinghäuser Zeitung über
die Verhinderung der sog.
Reichsgründungsfeier der NPD:

Am Samstag, dem 16.1.88, haben auf Initiative der VVN/BdA, der DKP und des AFB etwa 60 Menschen gegen eine sogenannte "Reichsgründungsfeier" der neofaschistischen NPD protestiert, die in den Räumen des Recklinghäuser Ratskellers stattfand. Seit Anfang der Woche war bekannt, daß an diesem Tag um 17.00 Uhr in Recklinghausen eine NPD-Versammlung stattfinden sollte, der Ort des Treffens war aber noch unbekannt.

Erst in letzter Minute konnte durch einen Tarnanruf beim NPD-Landesvorsitzenden erfahren werden, daß der Ort der Ratskeller sei. Daraufhin haben wir so schnell wie möglich alle uns bekannten Leute informiert, u.a. wurde auch Herr Welt direkt benachrichtigt.

Auf diesem Hintergrund weisen wir mit einigem Befremden die willkürlichen Behauptungen zurück, wir hätten absichtlich nicht informiert, um uns politisch "in Szene zu setzen". Auch wir haben am Samstagnachmittag Angenehmeres zu tun als gegen Neofaschisten zu demonstrieren.

Umso mehr hoffen wir, daß in Zukunft tatsächlich keine Gaststätte mehr Räume für die Neofaschisten zur Verfügung stellt.

Und was die Solidarität der Demo-

kraten betrifft, die Herr Welt vermißt: Wir sind der Meinung, daß es schon ein gutes Zeichen dieser Solidarität ist, wenn innerhalb kürzester Zeit 60 Leute aus unterschiedlichsten politischen Gruppen (VVN, AFB, Jusos, DKP, Grüne, und andere) zu einer antifaschistischen Aktion sich einfinden.

Auch die anderen Demokraten aus SPD, CDU, etc. hätten spätestens seit Mittwoch die Möglichkeit gehabt, in irgendeiner Form gegen das NPD-Treffen vorzugehen, denn schon an diesem Tag wurde in der RZ daraufhingewiesen. Auch die Vertreter von SPD und CDU hätten zumindest durch Anrufe bei Gaststätten u.ä. versuchen können, den Ort des Treffens herauszufinden – das haben sie aber versäumt, sonst hätten sie vermutlich schneller als wir herausgefunden, daß im Ratskeller für 17.00 Uhr eine größere Versammlung angemeldet war, und zwar von Herrn Gläsel, der als Neofaschist in Recklinghausen lange bekannt ist. Wir sehen nicht ein, warum die Verantwortung für derartiges Handeln mal wieder der "Antifa" zugeschoben werden soll,



die dann gleichzeitig von Kommentatoren wie Michelt zum wiederholten Mal als "Linksradikale" diffamiert werden, welche gemeinsam mit den Rechtsradikalen bekämpft werden müßten.



BUCH TIP

Zwei Monate nach der Kundgebung gegen ein bundesweites Treffen der Skinheads in Recklinghausen ist nun eine Zusammenfassung in Form einer Broschüre erstellt worden, die Ereignisse vor, während und nach der Kundgebung berücksichtigt (ohne Anspruch

auf Vollständigkeit). Unser Dank gilt dem Jungsozialisten Uwe Adam, der uns diese Zusammenfassung zur Verfügung stellt. Wer Einsicht nehmen oder die Zusammenfassung kopieren will, wende sich an die Redaktion ANTIHAZ oder den Antifaschistischen Bund (AFB) RE.

ANZEIGE

Informationen unter das Volk zu bringen, ist unser täglich Brot.



Flugblätter, Zeitungen, Plakate, Handzettel, Dokumentationen und Broschüren sind auch im Zeitalter der Elektronik geeignete Medien zur Vermittlung kritischer Inhalte.

Dem Inhalt die entsprechende Form zu geben, ist dabei unser besonderes Anliegen. Wir helfen beim Layout, geben praktische Montier- und Gestaltungstips und tun auch sonst unser Möglichstes um Eure wertvolle Leserschaft zu begeistern.

Unsere weiteren Angebote:

Rasterungen, Vergrößerungen und Verkleinerungen, Reprografien, Entwürfe und Reinzeichnungen, Zeichnen von Comics und Cartoons, Fotosatz, Falzen und Heften in begrenzter Menge

druckwerk

Offsetdruck - Satz

Weilinghofer Straße 103
4600 Dortmund 30
Telefon (02 31) 43 18 21

P.S.: druckwerk ist ein selbstverwalteter Betrieb.

KOMITEE „FREIHEIT FÜR KUTLU UND SARGIN“ GEGRÜNDET

Am 16.12.87 trafen sich in der "Altstadtschmiede" Vertreter des türkischen Arbeitervereins (Retid), der DKP, der Grünen, der Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, des AFB sowie Vertreter der Zeitschriften AntifaZ und Holzwurm und gründeten ein Solidaritätskomitee für die beiden in der Türkei verhafteten und vom Tode bedrohten Arbeiterführer und vom Tode bedrohten Arbeiterführer Dr.Nihat Sargin (Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei (TIP)) und Hayar Kutlu (Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)). Sie waren genau einen Monat zuvor in die Türkei eingereist. Obwohl in der Türkei mit großem Aufwand von angeblicher Demokratisierung geredet wird, konnten die beiden nur vier Schritte auf türkischen Boden setzen und wurden dann brutal mit Handschellen gefesselt und fortgeschleppt.

Seit dem 16.11.87, 15.20 Uhr konnten weder ihre Familienangehörigen noch ihre Rechtsanwälte Kontakt aufnehmen. Sie waren von einer dreiköpfigen Delegation aus Europaparlamentsabgeordneten Juristen, Journalisten und Theologen begleitet worden, auch ihnen wurde jeder Kontakt mit den Festgenommenen verwehrt. WIEDER EINMAL ZEIGTE DIE TÜRKISCHE MILITÄRJUNTA IHR WAHRES GESICHT! Nihat und Sargin waren in die Türkei eingereist, um aus ihren beiden Organisationen die vereinigte TBKP zu gründen, die legal ihre Arbeit aufnehmen sollte.

Die Nichtanerkennung der legalen Arbeit der TBKP widerspricht vollständig den Artikeln 9, 10 und 11 der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Obwohl die Türkei inzwischen auch ein Abkommen zur Ablehnung der Folter unterzeichnete, wird weiter gefoltert: Kutlu und Sargin sind durch Druckwasser, Elektroschocks und Aufhängen gefoltert worden.



Als am 7.12.87 zwei ihrer Anwälte, Razmin Öz und Attila Coskun, auf einer Pressekonferenz über die Folterung berichteten, wurden sie ebenfalls verhaftet. Den übrigen Anwälten wird weiterhin die Akteneinsicht verwehrt. Weil die Türkei nichts weniger als eine Demokratie ist, weil hier nach wie vor über 20000 politische Gefangene in den Gefängnissen sitzen, ist das Leben der beiden ernsthaft bedroht. Daher bildeten sich in der Bundesrepublik und Westberlin spontan eine Reihe von Solidaritätsinitiativen und wurden Protestaktionen durchgeführt.

So wurde in Hamburg, Köln, Westberlin und München eine Mahnwache vom 24. bis 26.Dezember durchgeführt. Auch das Recklinghäuser Solidaritätskomitee organisierte am 23.12.87 mit ca.40 Personen eine zweistündige Mahnwache. Doch das darf erst der Anfang gewesen sein: Wir müssen über alle Parteigrenzen hinweg eine breite Welle der Solidarität entfachen, um das Leben der

beiden zu retten. Als nächstes soll am 26.Februar '88 eine Veranstaltung des Komitees im Jugendkeller/Limperstraße organisiert werden, an der Vertreter der Begleitdelegation sprechen werden.

FREIHEIT FÜR KUTLU UND SARGIN!
FREIHEIT UND GENERALAMNESTIE FÜR ALLE
POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER TÜRKEI!
FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG!

FRAUENSOLIDARITÄT GEGEN BKA-TERROR UND KRIMINALISIERUNG

Einen Tag vor Heiligabend versammelten sich spontan ca. 30 Personen im Grünen Büro. Anlaß: Die bundesweite Großfahndung des Bundeskriminalamtes am 18.12.87 gegen die linke Szene auf Grundlage des Paragraphen 129 a StGB (Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung). Insgesamt wurden 33 "Objekte" (Bezeichnung des BKA) in Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Köln, Ratingen und vor allem im Ruhrgebiet untersucht, darunter Wohnwagen, Büros, Redaktionsräume der taz und eine Arztpraxis.

Der Polizeieinsatz richtete sich im Schwerpunkt gegen Frauen, die sich mit Gentechnik und Bevölkerungspolitik auseinandersetzen.

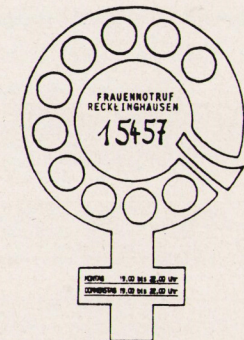
Zu der Veranstaltung in Recklinghausen erschienen zwei Frauen des Essener Genarchives und berichteten ausführlich über die Polizeirazzien:

"Wir wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Die ganze Aktion fand unter einem immensen

Aufgebot der Polizei statt, die die Straße und den Hausflur abriegelten. Als Grund für alles wurde uns lediglich mitgeteilt, daß wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (129a StGB) gegen uns ermittelt würde."

In keinem Fall erfuhren die Betroffenen, welche Gründe oder Anhaltspunkte für das 129a-Ermittlungsverfahren vorlagen. Die konnten sie am nächsten Tag der Presse entnehmen. Dort hieß es, die Durchsuchung würde im Rahmen der Ermittlungen gegen die "Revolutionären Zellen" und deren feministischen Flügel "Rote



Zora" vorgenommen. Die "Rote Zora" hatte Erklärungen zu Anschlägen auf gentechnologische Einrichtungen veröffentlicht. Bei der Durchforschung wurden Artikel, Ansichtskarten, Broschüren zum Thema Gentechnologie, Adressenlisten von Seminaren und private Adressbücher beschlagnahmt.

Im Genarchiv Essen werden allgemeine wissenschaftliche, juristische und politische Veröffentlichungen zu diesem Thema gesammelt. Frauen aus dem Genarchiv werden als Referentinnen von universitären, gewerkschaftlichen und anderen Bildungseinrichtungen eingeladen, um über dieses Thema zu informieren.



PRESSEERKLÄRUNG

von Frauen des Genarchivs Essen,
angeschlossen haben sich verschiedene
Recklinghäuser Gruppen:

FRAUENSOLIDARITÄT GEGEN BKA-TERROR UND KRIMINALISIERUNG

Die bundesweite BKA-Aktion vom 18.12.87 (Hausdurchsuchungen in 33 Wohnungen und Büros) richtete sich in erster Linie gegen Frauen und Frauenprojekte. Als Frauen der autonomen Frauenbewegung ist es uns wichtig, die Gründe dafür genau anzusehen. Die betroffenen Frauen sind aktiv in den Diskussionszusammenhängen um Gen- und Reproduktionstechnologien. Seit 1985 haben wir Frauen bundesweit wie international uns informiert, diskutiert und Zusammenhänge erarbeitet.

Wir wissen, daß diese neuen Technologien auch eine neue Qualität in der Ausbeutung von Frauen bedeutet. Über Fortpflanzungstechnik (vom Retortenbaby

"Der Generalbundesanwalt benutzt bereits eine Beschäftigung mit diesem Thema als Anhaltspunkt für Ermittlungen im Rahmen des 129a StGB auch unabhängig von irgendwelchen konkreten Taten oder Vorwürfen", so die Stellungnahme des Genarchivs. Als Rechtfertigung für diese Maßnahmen wird von staatlicher Seite behauptet, die "Revolutionären Zellen" seien überall. Grund genug für staatlichen Rechtsbruch. Mit derartigen Aktionen bei gleichzeitiger systematischer Verschleierung der Verdachtsmomente wird versucht, Teile einer kritischen Öffentlichkeit zu kriminalisieren, um die Auseinandersetzung über dieses Thema zu behindern.

bis zur Veränderung am Erbgut des Embryos) und immer perfekteren Untersuchungen während der Schwangerschaft werden wir Frauen mehr und mehr kontrolliert! In der Verfügung über unseren Körper immer stärker eingeschränkt. Bereits im Nationalsozialismus bestimmte das Prinzip von Auslese und Ausmerze in der Bevölkerungspolitik, welche Frau welches Kind gebären durfte. Heute wird mit modernen Methoden das gleiche Ziel verfolgt. Die vollkommene Planung und Kontrolle allen Lebens als Ziel des patriarchalen Allmachtschwahns funktioniert nur über uns Frauen. Deshalb wehren wir uns. Wir solidarisieren uns mit den betroffenen Frauen und protestieren aufs Schärfste gegen die Kriminalisierung von Auseinandersetzungen mit uns lebenswichtigen Themen.

STADTRAT VON RECKLINGHAUSEN BESCHLOß RESOLUTION ZUM VERBOT DER FAP

Nun hat sich auch die Stadt Recklinghausen in die Liste der Städte eingeschrieben, die ein sofortiges Verbot der neofaschistischen FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) fordern. In seltener Einmütigkeit haben Grüne und Sozialdemokraten des Stadtrates die Hand gehoben, um den Resolutionsentwurf der Grünen zum Verbot der FAP zu verabschieden. Die CDU, die sich mit Heftigkeit gegen die Resolution gewandt hat, konnte den großen "Blutsbruder" nicht mehr umstimmen und enthielt sich schließlich der Stimme. Dieser Abstimmung vorausgegangen waren Informationen über die Gründung einer FAP-Ortsgruppe aus der Bevölkerung an die Grünen und die SPD. Den Angaben nach schicken sich ca. 20 Personen aus dem Kreis des faschistischen "Recklinghäuser Volkssturms" (angebliche Initiatoren des verhinderten Skinheadstreffens am 7.11.87 in Recklinghausen) an, über eine FAP-Ortsgruppe ihre politische Arbeit in Recklinghausen zu verstärken. Diese Entwicklung einer zunehmenden Tätigkeit der Neofaschisten in Recklinghausen war abzusehen, insbesondere durch die Haltung der SPD und CDU zum Faschismus. Während die CDU noch immer nicht ihren Meinungsbildungsprozess zum Faschismus beendet hat (Zitat von J. Reddemann, Junge Union), erklären die Sozialdemokraten immer wieder ihren antifaschistischen Charakter, lassen es aber an Taten kläglich mangeln. Der Höhepunkt dieser zweifelhaften Haltung war die Behauptung Marmullas, Landrat

der SPD: "Wer an diesem Tage (7.11.87) gegen das Skinheadtreffen demonstriert, stellt sich gegen die Demokratie." Mit dieser Haltung schufen SPD und CDU den Nährboden für die dramatische Entwicklung der Nazi-Szene in Recklinghausen. Der Umschwung der SPD, die nun auch ein Verbot der FAP fordert, kommt letzt-



DIE GRÜNEN

Recklinghausen

DIE GRÜNEN IM RAT, Rathaus, 4350 Recklinghausen

Herrn Bürgermeister
Jochen Welt

Rathaus

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
hier:
Resolution zum Verbot der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)

Sehr geehrter Herr Welt,

bitte setzen Sie nachstehende Resolution auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 21.12.1987.

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Der Rat der Stadt Recklinghausen fordert den Bundesinnenminister des Bundesrepublik Deutschland auf, ein sofortiges Verbot der faschistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei zu erwirken.

Die FAP ist eine faschistische Organisation in der Tradition der NSDAP. Durch ihre politischen Ziele und Wege diese Ziele zu verwirklichen, stellt die FAP eine Gefahr für Bürgerinnen dieses Landes dar und steht im Widerspruch zur Verfassung der BRD.

Das Verbot der FAP schließt ihre Auflösung und die Beschlagnahme ihres Vermögens ein.

Begründung:
Die FAP ist eine Nachfolgepartei der verbotenen ANS/VA, die in der Tradition der NSDAP stand.

Der Verfassungsschutz NRW '86 bestätigte den faschistischen Charakter

DIE GRÜNEN IM RAT, Rathaus, Zimmer 117

4350 Recklinghausen, Tel. (02361) 587 462
Bürozeiten: Mo - Fr 9.00 - 13.00 Uhr

GRÜNES BÜRO (Ortsverband)
Herner Str. 43, 4350 Recklinghausen
Tel. (02361) 181 241

Recklinghausen, 08.12.1987

Bankverbindung: Stadtparkasse Recklinghausen IBZ 426 500 10; Kto. Nr. 3662

endlich durch den wachsenden Druck aus der Bevölkerung, die nicht mehr tatenlos zuschaut, wenn Faschisten zum Völkerrassismus aufrufen und Teile der Bevölkerung terrorisieren. Mit ihrer Anwesenheit am 7.11.87 bei der Demonstration und

abschließenden Kundgebung in der Stadtmitte haben die Menschen gezeigt, daß sie bereit sind, gegen den Faschismus auf die Straße zu gehen und sich nicht mit Phrasen von Politikern abspesen lassen. Durch die Ratsentscheidung für ein Verbot der FAP ist die Gefahr der Gründung eines FAP-Ablegers in Recklinghausen zwar nicht gebannt oder gar beseitigt, aber es wurde ein Zeichen gesetzt, die Nazis in Recklinghausen nicht zu dulden. Es müssen sich nun alle demokratischen Kräfte zusammenschließen und sich nicht wieder durch Herren wie Marmulla spalten lassen.

Verfassungsschutzbericht 1986

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Die Unterwanderung der FAP durch Anhänger der „Bewegung“ ist 1986 fortgesetzt worden. Der Kreis der Mitglieder und Anhänger der FAP dürfte im Landesbereich inzwischen bei ca. 170 (bundesweit bei ca. 430) Personen liegen. Er ist personell überwiegend mit den Anhängern der „Bewegung“ in Nordrhein-Westfalen identisch. Am 07. Juni 1986 fand in Stuttgart der erste FAP-Bundesparteitag statt, an dem etwa 120 Personen, darunter 89 Delegierte, teilnahmen. Die Delegierten bestanden den bisherigen Bundesvorsitzenden Manni PAPE aus Stuttgart mit großer Mehrheit in seinem Amt. Der übrige Vorstand setzt sich aus Anhängern der „Bewegung“ zusammen, damit wird deutlich, daß die Delegierten zwar PAPE mit großer Mehrheit wiedewählen wollten, ansonsten aber Bundesvorstand und

Schiedsgericht unter den Einfluß der „Bewegung“ gebracht haben. Sie folgten damit offensichtlich einer taktischen Überlegung, um Hinblick auf ein möglicherweise drohendes Verbotsvorgehen den ANSNA-unabhängigen PAPE im Amt zu belassen, die übrigen Vorstandsfunktionen jedoch mehrheitlich durch Anhänger der „Bewegung“ zu besetzen. Der Parteitag war das überarbeitete, im Hinblick auf Verbotserlegungen die wahren Ziele verschleiende FAP-Programm in der von PAPE herausgegebene Zeitung „Deutscher Landpunkt“ veröffentlicht worden. Es wurde ein bloc mit Stimmenmehrheit angenommen. Die Programmänderungen lassen einen deutschen Atomkommunismus erkennen, in der öffentlichen Diskussion stehende Themen (Atomkraft, SDI, Umweltschutz) wurden angeberlisch.

Die FAP hat sich im Oktober 1986 an der Kommunalwahl in Niedersachsen beteiligt und dort in vier Wahlkreisen 515 Stimmen erhalten. Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg im November 1986 erhielt sie insgesamt 117 Stimmen. Der Beschluß, bundesweit auf die Bundestagswahl 1987 zu kandidieren, mußte aufgegeben werden, da die erforderlichen Unterschriften von Unterstützern nicht beigetragen werden konnten. Nur in Bremen wurde eine Landesliste zugelassen, auf die 403 Zweitstimmen entfielen. Unbekannt, wie viele in Niedersachsen und Baden-Württemberg eintraten. 184 bzw. 157 Erststimmen. Im Landesverband Nordrhein-Westfalen hat als niederrheinischer Landesverband entschieden, der Anteil an der „Bewegung“ ist der Unterwanderung der FAP. Um dem zu begegnen, erbot der FAP-Bundesvorstand PAPE am 11. März 1986 den nordrhein-westfälischen FAP-Landesvorsitzenden seiner Funktion und schloß ihn aus der Partei aus. Er begründete diese Maßnahme damit, daß dieser mit NS-Anhängern zusammenarbeite und im Namen der FAP nationalsozialistisches Gedankengut verbreite. Dieses – so PAPE – sei mit dem FAP-Programm nicht zu vereinbaren.

Wichtige Positionen des Landesvorstandes sind dann wieder mit ehemaligen Aktivisten der verbotenen ANSNA besetzt worden. Der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende und Kassenvater wurde neuer kommissarischer Landesvorsitzender. Am 19. Juli 1986 fand gleichzeitig mit dem „Gaulleffren“ in der „Bewegung“ in Grevenerbruch der Landesparteitag des FAP-Landesverbandes NRW statt, an dem auch Anhänger der FAP aus anderen Bundesländern sowie Rechtsextremisten aus den Niederlanden und Österreich teilnahmen.

Wesentliches Tagesordnungspunkt war die Wahl des Landesvorstandes. Der bisherige kommissarische Landesvorsitzende wurde in seinem Amt bestätigt. Am 30. August 1986 trafen sich ca. 140 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet in Soltau zu einem gemeinsamen „Gaulleffren“ der Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Es diente gleichzeitig als Landesparteitag des Landesverbandes Niedersachsen, um den Forderungen des dortigen Landeswahlleiters für eventuelle Teilnahme an den Kommunalwahlen im Oktober 1986 in Niedersachsen nachzukommen. Unter den Teilnehmern befanden sich ca. 30 FAP-Anhänger aus Nordrhein-Westfalen. Ferner nahmen der ehem. Generalmajor der Wehrmacht, Otto Ernst REMER aus Kaufbeuren, sowie der ehem. Leiter der verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit“ (VSD/NSDA), Friedrich BUSSE aus München, der am 22. August 1986 aus Straßhof entlassen worden war, an dem „Gaulleffren“ teil. Auch an einem „Gauaktionsstag“ am 1. November 1986 in Hamburg, der zur propagandistischen Unterstützung der FAP für die hamburger Bürgerschaftswahlen am 8. November 1986 diente, beteiligten sich Anhänger des FAP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

In den letzten Monaten des Jahres waren die Anhänger des FAP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen bemüht, die für eine Teilnahme an der Bundestagswahl 1987 erforderlichen Unterstützungen zu sammeln zur Aufstellung der Landesliste und der Kreiswahlvorschlüsse zu erlangen. Gleichzeitig und als propagandistische Unterstützung wurden in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens Druckmaterialien (Plugblätter, Aufkleber) verbreitet, u. a. die Ausgabe Nr. 6 der FAP-Nachrichten, in der unter der Überschrift „Deutschland ist kein Unland – Ausländer raus“ gegen die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Gastarbeiter polemisiert sowie u. a. in Abgrenzung an den 40. Jahrestag der Nürnberger Prozesse eine Gedenkreise für die am 16.10.1946 in Nürnberg ermordeten Kameraden der Reichsregierung veröffentlicht wurde. Gegen die Verbreitung sind mehrere Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Verstoßes gegen §§ 86, 130 StGB anhängig.

Zu einer gemeinsamen gewalttätigen Aktion kam es am 17. Januar 1986, als ca. 20 FAP-Mitglieder aus Duisburg nach einer Veranstaltung in einer Duisburger Gaststätte Mitglieder eines antifaschistischen Bundesnisses, die sich zu einer Demonstration zusammen hatten vor dem Tag der Demokratie angreifen. Bei tätlichen Auseinandersetzungen wurde ein Demonstrant durch den Schuß aus einer Gaspistole erheblich verletzt und ein Fw beschädigt. Die Aktion war nicht auf Anhänger fest, gegen zwei erging Haftbefehl u. a. wegen Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und des Landfriedensbruchs. Die Beteiligten wurden vom „Landgericht Duisburg“ u. a. mit Haftstrafen bis über zwei Jahre verurteilt. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Am 19. Juli 1986 fand gleichzeitig mit dem „Gaulleffren“ in der „Bewegung“ in Grevenerbruch der Landesparteitag des FAP-Landesverbandes NRW statt, an dem auch Anhänger der FAP aus anderen Bundesländern sowie Rechtsextremisten aus den Niederlanden und Österreich teilnahmen.

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION: 7.11. DEN NAZIS KEINE CHANCE BEGINN: 12.00, LÖHRHOF

Für Völkerverständigung – gegen Ausländerfeindlichkeit!

Am 7. November wollen neofaschistische Skinheads auf dem Recklinghäuser Rathausplatz ein „bundesweites“ Treffen durchführen. Dieser Herausforderung für alle Demokraten werden wir mit Entschiedenheit entgegenreten.

Neofaschistische Skinheads sind in den vergangenen Monaten durch eine Reihe von Terroraktionen in Erscheinung getreten. Hier nur einige Beispiele:

- Dezember 1985: Skinheads „schützen“ eine FAP-Tagung in Kellinghusen (Schleswig-Holstein)
- 12. 9. 1987: 30 Skinheads zerstören eine Gaststätte in Hannover-Linden, die überwiegend von Farbigen besucht wurde.

Auch in Recklinghausen und Umgebung haben sich „Skinheads“ und „Deutsche Bomber“ durch eine Zahl von Gewalttaten bemerkbar gemacht. Sie sind Teil des Terrors, der vor allem von der neofaschistischen FAP geleitet wird. Die FAP sieht sich selbst in der Nachfolge der NSDAP, die von ihr geleiteten „Sturmtrupps“ sollen die Funktion der früheren „SA-Banden“ einnehmen.

Damit wir nicht erneut solchem Terror ausgesetzt sind, damit Ausländer, Minderheiten und Andersdenkende nicht wieder verprügelt, vertrieben und erschlagen werden, schließen wir uns zusammen und rufen zur Demonstration am 7.11. in Recklinghausen auf. Diesen Aufruf unterstützen (wenn Stadtebene leicht, ist immer Recklinghausen gemeint):

Antifaschistischer Bund, DKP-Kreisverband, Die Falken (Recklinghausen und Marl), Die Grünen, Jungsozialisten, SDJ, ARBEITERJUGENDVERBAND, Marxistisch-Leninist. MLPS, Platinagruppe, mittes Dattin, Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Frauenplenum, Stadtjugendring Marl, Altstadtschmiede (Ausschub), VVN – Bund der Antifaschisten Herne, DFGV, GAL, Castro-Haus, Die Großen Düren, VSP, Frauenzentrum, Friedensinitiative Gerdau, GEF, Grüne Aktion Jugendgruppe Waltpop, Jungsozialisten Gladbeck, Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband (Verbandsleitung), MLD Witten, DGB, SPD.

Wir fordern den Rat der Stadt Recklinghausen auf:

Keine Räume und keine öffentlichen Plätze für Skinheads!

Wir fordern von der Bundesregierung:

Verbot und Auflösung aller rassistischen und faschistischen Organisationen! Verbot der FAP!



- 2 -

der FAP (Anlage 1). Erst in jungster Zeit wurde die Öffentlichkeit wieder einmal auf die FAP aufmerksam, als die Kripo in Oberhausen zwei Tonnen Waffen – darunter Granaten, Maschinengewehre, Maschinepistolen – bei Sympathisanten und Mitgliedern der FAP konfiszierte. (Anlage 2) Die politische Arbeit der FAP richtet sich vorwiegend auf die Verbreitung von Hetzschriften gegen Ausländer, Christen und Demokraten. Desweiteren schrecken Mitglieder der FAP auch vor Morden, Anschlägen und anderen Terrorakten gegen Minderheiten und Andersdenkende nicht zurück. Für diesen Terror setzt die FAP Skinheads als ihre Schlägertrupps ein.

Die FAP und ihre Mitglieder verstoßen gegen folgende Straftatbestände:

- Verbreitung von Propagandamaterial, das nach seinem Inhalt dazu bestimmt ist, Bestrebungen einer ehemals nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen (§ 86 Abs. 1 i. d. Ziffer 4, 4. StGB).
- Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB).
- Volksverhetzung (§ 130 StGB).
- Verherrlichung von Gewalt und Aufstachelung zum Hass (§ 131 StGB).
- Bildung einer neofaschistischen Organisation (Artikel 139 GG).

Erst kürzlich (7.11.1987) hat sich wieder gezeigt, daß die Faschisten auch vor Recklinghausen nicht halt machen. (Anlage 3)

Viele demokratische Parteien und Organisationen, darunter DIE GRÜNEN, SPD und DGB haben sich aus diesem Grund zusammengeschlossen, um ein Aktionsbündnis gegen das Faschistentreffen zu bilden.

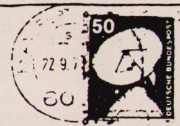
In einem Gespräch des Koordinationsrates mit Bürgermeister Jochen Welt und der SPD hat die SPD deutlich gemacht, daß auch sie bereit ist, mit allen juristischen und politischen Mitteln gegen die FAP und den Faschismus anzukämpfen.

DIE GRÜNEN Recklinghausen haben Information darüber erhalten, daß als Reaktion auf das gescheiterte Skinheadtreffen an einer Bildung eines FAP-Ortsverbandes gearbeitet wird.

DIE GRÜNEN rufen den Rat der Stadt auf, schon im Vorfeld sein Versprechen (Ratsbeschluss vom 5.10.87) zu erfüllen und die vorliegende Resolution einstimmig zu verabschieden und weiterzuleiten.

E. P. K. H. B.

Leserbrief



GRABSTEINE UND NEONAZIS

Am 9. November jährte sich zum 49. mal die "Reichskristallnacht". Jene Nacht, die die Vernichtung der Juden in Deutschland und Europa endgültig einleitete, schon 4 Jahre vor der Wannsee-Konferenz 1942 in Berlin. Was geschah nun in dieser "Reichskristallnacht"? Folgt mensch der schmutzigen Nazipropaganda, hat der aufgebrachte Volksmob seiner Wut gegen die Juden Luft gemacht und Synagogen angezündet, jüdische Friedhöfe zerstört und Juden getötet. In Wahrheit war an dieser "Kristallnacht" nicht oder nur im geringen Maße der "Volksmob" beteiligt. Vielmehr wurde das ganze ausgeführt von SS und SA und anderen Kampforganisationen der Schweinepartei, fleißig unterstützt (na logisch!) von der deutschen Polizei. Legitimiert wurde das ganze mit der Erschießung eines deutschen Diplomaten, der angeblich von einem Juden plattgemacht worden ist. Auch in Dülmen (COE) geschah eine Woche vor dieser Nacht etwas –

die Synagoge und der jüdische Friedhof wurde zerstört. Dieser Friedhof wurde nach dem Krieg vom Stadtzentrum, am Lüdinghauser Tor, an den südlichen Stadtrand verlegt.

-Das als Grundlage.-

Drehen wir das Rad der Geschichte nun um 48 bis 49 Jahre vor. Im Jahre 1986 fand am 1. November an Dülmens Kriegsgedenkmal eine Gedenkfeier, im Rahmen des Volkstrauertages, statt. Ein paar Leute versuchten mit einem Transparent,

auf dem "Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus" stand, teilzunehmen. Auch 48 Jahre später griff die deutsche Polizei wieder ein und entriß den Transparentträgern mit Gewalt dasselbe. Daraufhin stellte die Fraktion der Grünen den Antrag, daß, wenn in Dülmen schon keine Gedenkfeier gegen Faschismus zulässig ist, doch bitte eine Gedenkfeier am Judenfriedhof abzuhalten – natürlich wurde dieser Antrag abgeschmettert. Schon damals war es für uns Antifaschisten Zeit gewesen zu handeln – Aktionen zu starten, um endlich mal wieder an den Judenfriedhof, und an das wofür er steht, zu erinnern. Doch aus welchen Gründen auch immer – es ist nichts geschehen.

Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Lage zugespitzt. Nazi-Schweine versuchen immer heftiger in den Kreis Coesfeld einzudringen. Sie versuchen den eher schon braun gefärbten Kreis nun endlich auf ihre Seite zu ziehen.



UNGEKÜRZT wurden über zehn hundert Menschen zum jüdischen Friedhof am Kapellenweg. Die unbekannten Täter warfen die Steine nicht nur auf die Grabsteine, sondern auch auf die Menschen. Die Grabsteine wurden teilweise zerstört und die Menschen verletzt.

Sie versuchen es einerseits mit Propaganda, wie der von uns dokumentierten und verhinderten Veranstaltung der NPD und andererseits mit Aktionen. Das letztere äußert sich vor allem in der letzten Zeit: Mit Drohbriefen und neuen Friedhofsbeschädigungen. Diese Verwüstung des Friedhofs ist kein Einzelfall, schon öfters in der Vergangenheit wurden Grabsteine auf dem Dülmener jüdischen Friedhof umgestürzt, doch diesmal wurden fast alle Steine umgestoßen, selbst die besonders großen und somit besonders schweren. Diese Entwicklung zeigt also eine erhöhte Kampfbereitschaft des Nazi-Drecks, in Dülmen und Umgebung. Diese Entwicklung zwingt nun den Antifaschisten in Dülmen und anderswo eine erhöhte Kampfbereitschaft auf, vor allem auch deshalb, weil von dem Nazi-Müll schon ernstzunehmende Drohbriefe verfasst und an Antifaschisten verschickt wurden. Darum werden wir in Dülmen uns nun Gegenmaßnahmen überlegen. Eine dieser Maßnahmen ist die Gründung eines antifaschistischen Bundes (AFB) Dülmen, damit in Zukunft eine kontinuierliche Zusammenarbeit unterschiedlichster politischer Richtungen durchgeführt werden kann. Das Vorbereitungstreffen zur Gründungsveranstaltung am 4. März soll in der Gaststätte "Schmitz an den Türmen", Lüdinghauser Str. 33, am 18. Februar 1988 um 18.00 Uhr stattfinden.

Kontaktadresse: Lars Beuse

Tel.: 02594/4158

Der Kampf geht weiter - bis zum Sieg!
P.S. Übrigens auch 4 Wochen nach der Umstoßaktion auf dem jüdischen Friedhof dachte der Stadtrat noch nicht daran, die Steine wieder aufzustellen.

Euer Lars



Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion und v.i.S.d.P.:
Eva Prausner, Heilig-Geist-Str. 11

Redaktionsanschrift:
Altstadtschmiede RE,
Kellerstr. 10

Bankverbindung:
Stadtparkasse Recklinghausen
Bankleitzahl: 426 500 30
Kontonummer: 1000 282 99

Druck:
druckwerk
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

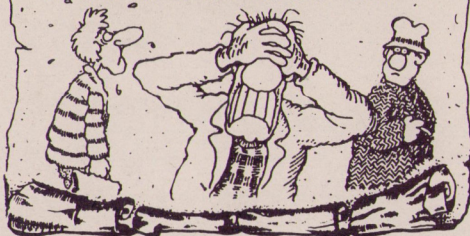
Mitgewirkt haben:
Eva, Norbert, Rolf, Falko,
Ingrid, Stefanie, Petra, Chris,
Wolfgang T., Wolfgang E.

Kontaktadresse:
Falko Wieneke, Hernerstr. 8,
4350 RE, Tel.: 02961/27302

ANTIFAZ-REDAKTIONSSITZUNG:

- JEDEN MITTWOCH 17.00 UHR
IN DER ALTSTADT-SCHMIEDE RE,
KELLERSTR. 10

WER INTERESSE HAT MITZUMACHEN,
KANN ZUR REDAKTIONSSITZUNG
KOMMEN ODER SICH BEI DER
KONTAKTADRESSE MELDEN !!!!



Pinwand

TERMINE

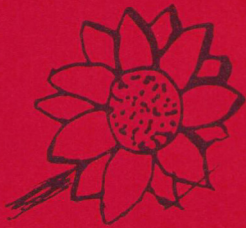
30. Jan.: landesweite DEMO in Düsseldorf zum Tag der Machtübernahme der Nazis am 30.01.33
Beginn: 11 h Gustaf-Grundgens-Platz
Abfahrt RE: 9.30 h Busbahnhof
8. Febr.: Prozeß gegen FAP-Landesvorsitzenden Siegfried Borchert (SS-Sigi) und 15 weitere FAP-Mitglieder im Dortmunder Amtsgericht, Saal 100, 10 Uhr
18. Febr.: Vorbereitungstreffen zur Gründung des AFB-Dülmen in der Gaststätte "Schmitz an den Türmen", Lüdinghauser Str. 33, Dülmen
19. Febr.: Veranstaltung zum Thema "Frau im Faschismus", 20 Uhr, Frauenzentrum RE
11. März: Veranstaltung des Komitees "Freiheit für Kutlu und Sargin" mit Vertretern der Begleitdelegation, 20 Uhr, Altstadtschmiede, RE
4. März: Gründung des AFB-Dülmen, Hotel Thesmann, Ecke Elsa-Brandtstr./Kreuzweg, Dülmen, 20.00 Uhr
8. März: Internationaler Frauentag, Veranstaltung vom Recklinghauser Frauenplenum zum Thema "8. März", 20 Uhr, Altstadtschmiede, RE
12. März: "Die Schneppen" kommen! 20 Uhr, Depot RE

ADRESSEN

- Autonomes Zentrum
"Krim" RE Münsterstr. 2a
02361/15698
- Türkischer Arbeiterverein
RE Marienstr. 4
02361/62564
- Frauenzentrum
RE Am Lohr 1
02361/15457
- Deutsch-Türkischer Verein
RE Am Steinort 5
02361/17483
- Demokratische Fraueninitiative (DFI)
c/o Waltraud Weber
RE Hillen 15
02361/47697
- HOLZWURM
RE Münsterstr. 2a
02361/15698
- Die Grünen RE
Fraktion Rathaus, 2.117
02361/587462 (MO-FR 9-17 h)
- Jungsozialisten
RE Paulusstr. 45
02361/29329
- Antifaschistischer Bund (NfB) RE
Altstadtschmiede, RE Kellerstr. 10
02361/21212 (FR 10 h)
- Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
c/o Martin Uphoff
02365/84927

ANZEIGE

Sonnenblume



Springstr. 2
am Hauptbahnhof

...täglich frisches Brot & Brötchen

Köstliche Milchprodukte

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...

Montags bis Freitags: 9- 18 und
Samstag: 9- 13 Uhr

Naturkost



ANZEIGE

Holzmann

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG

"Jochen, wir danken Dir!"

Der Bürgermeister und die NPD



Im
Februar:



WURST AUS WESTFALEN

Das Millionenspiel um Arbeitsplätze
und Umweltschutz